

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh

Redaktion und Verwaltung: Prag XII., Fochova 62 - Telephon 53077 - Herausgeber: Siegfried Taub - Verantwortlicher Redakteur: Karl Kern, Prag

Einzelpreis 70 Heller (einschließl. 5 Heller Porto)

Aus dem Inhalt:

Minister Nečas
auf der Trautenauer
Kreiskonferenz

Jakschens Vortrag
in London

Pressnitz,
die sterbende Stadt

Sudetendeutscher
22 Monate im Konzen-
trationslager

17. Jahrgang

Sonntag, 21. Febr 1937

Nr. 45

Offizielles Kommuniqué über die nationalpolitischen Verhandlungen:

Die Grundsätze einer gerechten Minderheitenpolitik

Berücksichtigung Ortsansässiger bei Investitionen unter Haltung der Beamten / Neuaufnahmen in den Staatsdienst in der Richtung einer gerechten Proportionalität / Sprachenprüfungen nach den tatsächlichen Bedürfnissen / Im Bildungswesen bis an die Grenzen der finanziellen Möglichkeiten / Auch die Ungarn und Polen einbezogen

Prag. Wie bereits gemeldet, konnten am Freitag abends die Verhandlungen innerhalb der Regierung über die von den deutschen Regierungsparteien zur nationalen Frage aufgestellten Forderungen erfolgreich abgeschlossen werden.

Die von einem Teil der Presse vorzeitig veröffentlichten Mitteilungen über das Verhandlungsergebnis haben sich, wie nicht anders zu erwarten war, vielfach als falsch und irreführend erwiesen.

Der offizielle Wortlaut dieser für die weitere innerpolitische Entwicklung zweifellos hochbedeutungsvollen Enunziation der Regierung ist folgender:

In dem guten Bestreben, zum gegenseitigen Verständnis in den nationalen Beziehungen der Republik und zur Befestigung all dessen dauernd beizutragen, was die Bevölkerung des Staates auf diesem Kreuzungspunkt der nationalen Interessen in Mitteleuropa einander entfremden könnte, hat die tschechoslowakische Regierung den gegenwärtigen Stand der Minderheitenpolitik in der Tschechoslowakei geprüft und, anknüpfend an die Traditionen der tschechoslowakischen demokratischen Minderheitenpolitik, ihre weiteren Richtlinien festgelegt.

Investitionen

Ganz besondere Aufmerksamkeit und Fürsorge widmet die Regierung der wirtschaftlichen Situation jener Gebiete, die von der Weltkrise einiger Zweige der Industrieproduktion betroffen sind. Durch die Fügung der Verhältnisse sind diese Gebiete überwiegend von unseren Mitbürgern deutscher Sprache bewohnt. In der Tatsache, daß der Großteil der der Industrieproduktion gewährten staatlichen Garantien deutschen Unternehmen bewilligt wurde, liegt der Beweis, daß es nicht Mangel an Fürsorge für die deutsche Wirtschaft zu beklagen ist. Die Regierung investiert in die öffentlichen Arbeiten und Bauten in allen Gebieten des Staates gleichmäßig nach den Bedürfnissen und wird darauf achten, daß überall, also auch in den von Deutschen bewohnten Gebieten, in erster Reihe ordnungsmäßige Unternehmer und Arbeiter beschäftigt werden. Den Zentralbehörden, welchen die Vergabe zusteht, wird die strenge Kontrolle über alle ihnen unterstellten Organe auch in dem Sinne zur Pflicht gemacht, daß diesem Grundsatz der wirtschaftlichen Gerechtigkeit im vollen Umfange Gehör getan werde. Die Regierung macht insbesondere alle Organe auf ihre persönliche Verantwortung für die Erfüllung dieser Instruktion sowie auf die Folgen aufmerksam, welche sich aus der Außernachlassung dieses dem öffentlichen Auftrage ergeben würden.

Fürsorge

Die Regierung wird bei der Durchführung der Maßnahmen der sozialen Fürsorge und der sozialen Gesundheitspflege nicht bloß auf die Bevölkerungszahl, sondern auch auf die Höhe der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Gebieten bedacht nehmen. Auf dem Gebiete der sozialen und gesundheitlichen Jugendfürsorge wird die Regierung — wie bisher — darauf achten, daß mit der Leitung der Jugendfürsorge Angehörige des eigenen Volkes betraut werden und sich bemühen, daß die Institutionen der Jugendfürsorge gesichert und weiter ausgebaut werden.

Staatsangestellte

Für die Aufnahme von Kräften in den Staatsdienst hat die Verfassungsbank der Tschechoslowakischen Republik im zweiten Absatz des § 128 die prinzipiellen Richtlinien aufgestellt, als sie erklärte, daß „der Unterschied in Religion, Glauben, Bekenntnis und Sprache innerhalb der Grenzen der allgemeinen Befehle für keinen Staatsbürger der Tschechoslowakischen Republik ein Hindernis bildet, insbesondere nicht für den Zutritt zu öffentlichen Diensten, Ämtern und

Würden“. Neben diesem Grundsatz der Verfassung erkennt die Regierung gleichmaßen dauernde Gültigkeit dem Grundsatz zu, den sie als ihren eigenen ansieht und der zugleich auch von den zuständigen internationalen Faktoren angenommen ist, daß nämlich die bedingungslose Loyalität zum Staate die selbstverständliche Voraussetzung des Rechtes der nationalen Minderheiten ist.

Die Regierung kann objektiv konstatieren, daß sich die stillische Kraft der tschechoslowakischen Staatlichkeit je weiter um so voller auch in der Richtung der schöpferischen Zusammenarbeit der Nationen bewährt. Diese Tatsache, wie auch die sich immer mehr verbreitende Kenntnis der Amtssprache ermächtigt es der Regierung, einen weiteren Schritt in der Aufnahme von Angehörigen der nationalen Minderheiten in den Staatsdienst zu tun und in immer größerem Maße nicht nur auf die allgemeinen, Qualifikations- und regionalen Interessen, sondern auch auf die Interessen der Minderheiten in der Richtung einer gerechten Proportionalität Bedacht zu nehmen.

Sprachenfragen

Die sprachlichen Bedürfnisse der nationalen Minderheiten im Verkehr mit den öffentlichen Behörden und Organen sind in dem äußersten durchführbaren Maß durch das verfassungsmäßige Sprachengesetz gesichert. Die Regierung erachtet es als ein selbstverständliches Gebot der politischen Moral und Klugheit, daß die Befehle der Republik in allen Sektoren der öffentlichen Verwaltung vorbehaltslos erfüllt werden. In der Sprachenverordnung über die Korrespondenz der Bezirke, und einiger anderer Behörden mit Gemeinden, deren überwiegende Bevölkerungsmehrheit anderssprachig ist, hat die Regierung Maßnahmen getroffen, daß zu den in der Amtssprache abgefaßten Zuschriften ohne besonderes Ansuchen und unent-

geltlich Uebersetzungen in der Sprache der nationalen Minderheit der Gemeinde beigelegt werden.

Die Regierung ist bereit, das Ausmaß der Sprachenprüfungen nach den tatsächlichen Bedürfnissen mit Rücksicht auf die Verwendung des Bewerbers im öffentlichen Dienst zu regeln und zur Ausgabe diesbezüglicher Befehle beizutragen.

Bildungswesen

Der Regierungsentwurf des Staatsvoranschlags wird der Ausdruck der Entschlossenheit der tschechoslowakischen Regierung sein, daß die staatliche Politik der demokratischen Republik es als ihre große politische und moralische Aufgabe erachtet, bis zur äußersten Grenze ihrer finanziellen Möglichkeiten das Bildungswesen zu fördern, welches die schöne Tradition des tschechischen und des slowakischen Volkes ist, in gleicher Weise jedoch — und dies im Geiste der gebührenden Proportionalität — auch das Bildungswesen ihrer anderssprachigen Mitbürger und Nationalitäten, also nicht nur der Deutschen und Ungarn, sondern aller nationalen Minderheiten. Die Regierung sieht auch die Mitbürger der polnischen Nationalität in Betracht. Nunmehr, wo in unserer Minderheitenpolitik auf diesem Gebiete keinerlei Einflüsse des Auslandes eingreifen, können wir im Einvernehmen mit unseren Mitbürgern polnischer Nationalität im Geiste der Gerechtigkeit und der Brüderlichkeit das lösen, was eine Lösung vielleicht erfordert.

In der Schulorganisation kommt die Rücksicht auf die kulturellen Bedürfnisse der einzelnen Nationalitäten bereits in besonderer bedeutungsvoller Weise zur Geltung und die Regierung verpflichtet sich keineswegs der Möglichkeit einer weiteren Vertiefung im Rahmen der bisherigen Organisation.

Selbstverwaltung

Wo in der Selbstverwaltung vom Standpunkte der Interessen der nationalen oder der Minderheiten-Gruppen Mängel festgestellt werden, wird sich die Regierung um deren Beseitigung bemühen.

Die Regierung hält konsequent an den Grundsätzen der streng gerechten Minderheitenpolitik fest und wird sie weiter entfalten und den Interessen des Staates und der nationalen Minderheiten anpassen.

Ein guter Anfang

Von Minister Dr. Ludwig Czech

Wir haben den Vorsitzenden der Deutschen sozialdemokratischen Partei, Minister Czech, um eine Äußerung zum Abschluß der nationalpolitischen Verhandlungen ersucht. Dr. Czech erklärte uns:

In den nationalpolitischen Verständigungsverhandlungen ist der erste Schritt getan. Wir können sagen, daß es ein guter Anfang ist. Es lag gegenseitiges Verstehen vor und eine Vertrauensatmosphäre, die dem Erfolg die Wege ebnete.

Diese Vertrauensatmosphäre danken wir der mutigen Initiative des Präsidenten der Republik, die sich mit der des Ministerpräsidenten verband. Es waren also von Hans aus gute Kräfte am Werke.

So kam das erste Wort zustande, das in den Herzen der von der Entscheidung berührten deutschen Bevölkerungsschichten neue Hoffnungen wecken wird. Hoffentlich folgt der Erwartung sehr bald die Erfüllung.

Die Regierung sprach aber auch bereits das zweite Wort, indem sie der getroffenen Entscheidung den Entschluß auf den Weg gab

„an den Grundsätzen der gerechten Minderheitenpolitik strenge festzuhalten, sie weiter zu entfalten und den Interessen des Staates und der nationalen Minderheiten anzupassen.“

Das ist nach dem ersten guten Wort eine gute Verheißung!

Die Verhandlungen, welche im Schoße der Regierung über die nationalen Forderungen der deutschen Aktivisten geführt wurden, sind abgeschlossen. Am 27. Jänner haben die Vertreter der deutschen Regierungsparteien dem Ministerpräsidenten die Denkschrift überreicht, welche jene Forderungen enthielt, deren Erfüllung als unmittelfar notwendig angesehen wird. Nach wenig mehr als drei Wochen ist es gelungen, zu einem Ergebnis zu gelangen. Ministerpräsident Doktor Hodza war von Anfang Optimist. Er sagte den deutschen Delegierten bei Uebersendung der Denkschrift, daß die Verhandlungen nicht scheitern werden und dürfen. Er hat recht behalten. Die Verhandlungen sind nicht gescheitert. Das Verdienst dafür gebührt dem Präsidenten der Republik, der schon in seiner Neidenberger Rede im August 1936 den ersten Willen befohlen hat, das nationale Problem einer Lösung zuzuführen, dem Ministerpräsidenten, der sich dessen bewußt ist, daß es im Staatsinteresse liegt, die Regelung des Zusammenlebens der beiden Völker in Angriff zu nehmen, und den aktivistischen Parteien, die in enger, nicht erlahmender Arbeit das Verhältnis der tschechischen Öffentlichkeit für die deutschen Beschwerden gewirkt, die Lebensinteressen des Sudetendeutschums erkannt und energisch vertreten haben.

Die getroffenen Vereinbarungen sind ein Erfolg der Demokratie. Sie sind innerhalb einer Regierung zustande gekommen, die in demokratischen Volkswillen verflochten, einer Regierung, welche ein Organ des freigeählten Parlaments und diesem verantwortlich ist. Der erste Schritt zu einer Verständigung ist aber ebenso die Frucht einer realen Politik, wie sie die deutschen Regierungsparteien vertreten. Die drei Parteien sind von keinerlei Klüften erfüllt, sie machen das Schicksal des Sudetendeutschums nicht abhängig von einem zweiten Weltkrieg, in welchem mehr Blut fließen würde, als je in einem Feldzug, den die Geschichte kennt, sie rechnen mit den gegebenen Verhältnissen, die als Ausgangspunkt der politischen Arbeit für Volk und Staat angesehen werden — das Ergebnis zeigt, daß der betretene Weg der richtige ist.

Dieses Ergebnis ist in der offiziellen Vereinbarung der Regierung enthalten. Die Verständigung gilt den wichtigsten sozialen Lebensfragen des Sudetendeutschums. Angestrebt wird die Beseitigung der schon vom Präsidenten der Republik in Neidenberg zugegebenen ungenügenden Verhältnissen der tschechischen Arbeit, sowohl deutscher Unternehmer und Handwerker als auch deutscher Arbeiter, wobei die Regierung die Durchführung streng kontrollieren wird. Man will die dem Bevölkerungsschicksal widerprechende Verteilung der Deutschen im Staatsdienst verbessern, die Sprachenprüfungen regeln, d. h. sie erleichtern. Gerechtigkeit soll werden der deutschen Schule, der deutschen Jugend, die Sozialfürsorge für die deutsche Jugend wird ausschließlich in deutsche Hände gelegt werden. Man will Schluß machen mit den sprachlichen Schikanen und den Gemeinden Sprachvereinfachungen gewähren. Wird das alles durchgeführt, so wird dies in der Tat einen beachtenswerten Fortschritt darstellen. Denn nicht empfindet der deutsche deutsche Arbeiter schmerzlicher, als daß ihm der auswärtige andersnationale nur deshalb vorgezogen wird, weil dieser der Mehrheitsnation angehört. Wie viel Verzweiflung packt die Menschen, wenn sie sehen, daß in die verelendeten Industriegebiete, wo tausende Deutsche nach Arbeit schreien, wo deutsche Männer, Frauen und Kinder schwer ums Leben kämpfen, aus weit entfernten landwirtschaftlichen Gegenden andersnationale Arbeiter herangezogen werden. Welche Hoffnungslosigkeit muß unsere deutsche Jugend haben, seien es Arbeiter, Angestellte oder Studenten, wenn ihnen die Aussicht auf Staatsstellungen praktisch versperrt ist. Welche Erbitterung ruft jede Benachteiligung im Schulwesen hervor, erzeugt jede Sprachschikane. So darf kein Staat auf die Dauer eine nationale Minderheit behaupten, wenn er sie zur Staatsfestigung und falls es ein demokratischer Staat ist, zur demokratischen Weltanschauung erziehen will.

Die führenden tschechischen Staatsmänner, von denen viele durch die Schule Masaryks gegangen und seiner Menschlichkeit einen Hauch ver-

iprüt haben, verschließen sich, wie das Ergebnis der Verhandlungen zeigt, solcher Erkenntnis keineswegs. Sie wissen, daß eine Verständigung zwischen demokratischen Tschechen und demokratischen Deutschen dem Frieden dient. Die Tschekoslowakei kann ihren Bestand am besten sichern, wenn sie im Block jener Staaten verbleibt, welche den Frieden erhalten und Europa vor dem Verfallen in einem Meer von Blut und Gas retten wollen. Den Frieden aber gilt es zu erwirken zwischen den Staaten und innerhalb der Staaten. Und insbesondere bei uns, weil wir manch einem in Europa durch die nationale Verständigung den Vorwand aus der Hand schlagen, den Frieden zu bedrohen.

Auch bei nüchtern-realer Einschätzung des Verhandlungsergebnisses gelangt man zu der sichereren Erkenntnis, daß der beireitete Weg in der Richtung zum Ziele eines friedlichen Nebeneinanderlebens der beiden großen Völker dieses Staates führt, daß es ein guter Anfang ist und eine Verheißung, wie Minister Czech Knapp und Kar sagt. Soziale Probleme, die sich aus dem Dasein mehrerer Völker dieses Staates ergeben, wird es immer geben, aber man hat entschlossen den Schritt getan, zu einer Lösung zu gelangen. Deshalb müssen wir den eingeschlagenen Weg weiterverfolgen und in unserer Arbeit auf diesem Gebiete nicht nachlassen. Unsere Hauptaufgabe erblicken wir darin, für die arbeitenden Massen des sudetendeutschen Volkes günstigere Lebensbedingungen zu schaffen. Die Verlautbarung der Regierung zeigt eben — und darin kommt die Mitarbeit der Sozialdemokratie bei den Verhandlungen zum Ausdruck —, daß den sozialen Lebensproblemen des Sudetendeutschums die größte Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Unserem Vertreter in der Regierung stand die ganze große Tragödie des sudetendeutschen arbeitenden Volkes vor Augen, wie sie sich seit Jahren abspielt und er hat seine ganze Kraft aufgewendet, um Verständnis zu schaffen und Abhilfe zu suchen. Ein ertäglicher materielles Leben, ein Kulturbau, ein Leben äußerer und innerer Friedens — diese Vorkettung und dieses Ideal hat unsere Schritte geleitet.

All dem können wir näherkommen, wenn die Prager Vereinbarungen vom Februar 1937 durchgeführt werden. Und das muß die Regierung und die zuständigen Organe unter allen Umständen dazu verhalten werden, die Absichten der Regierung in die Wirklichkeit umzusetzen. Parlament und Regierung stellen die Souveränität des Volkes dar und eine Ministerkammer darf nicht vereiteln, was die Mehrheit des Parlaments und die Regierung wollen. Wir hoffen, daß die Regierung ihre demokratische Autorität geltend machen und ihre Beschlüsse rasch durchführen wird. Bis dat, qui cito dat. Bismarck gibt, wer rasch gibt. Geschieht dies nicht, dann wird es gerade bei den besten der beiden Völker enttäuschende Hoffnungen geben, dann ist eine geschichtliche Gelegenheit veräußert worden und die Zukunft wird von den Verantwortlichen Rechenschaft fordern.

Unter nichts in der Geschichte kann ein Schlüsselpunkt gefestigt werden. Das nationale und soziale Leben geht weiter und der kulturelle Wettstreit der Völker wird nicht aufhören. Und er soll es nicht, denn der Kampf der Weisheit ist das Element des Fortschritts. Was wir befehlen wollen, ist der Paß der Nationen, dessen letztes Wort Krieg und Vernichtung ist. Den Geist der Verständigung zu stärken und aus dem wirren Chaos der Zeit zu einer neuen nationalen und

sozialen Ordnung zu gelangen, ist unser Streben heute und morgen. Von diesem historischen Gesichtspunkt aus gesehen, können wir ruhigen Gewissens aber auch stolz sagen, daß die deutschen Sozialdemokraten gute Arbeit geleistet haben.

Bombenattentat auf den abessinischen Vizekönig

Graziani leicht, General Liotta schwer verletzt

Rom. Wegen den abessinischen Vizekönig, Marschall Graziani, und dessen Begleitung ist in einer Strafe von Abdis Abeba ein Attentat verübt worden. Eingeborene schloßerten Granaten gegen ihn, wobei Graziani nur leicht verletzt wurde, während sein Begleiter General Liotta schwere Verletzungen erlitt. Das Oberhaupt der koptischen Kirche Cirillo erlitt gleichfalls leichtere Verletzungen.

Diese Nachricht wurde in den römischen Mittagsblättern an unausfälliger Stelle wiedergegeben. Die Bevölkerung ist über diesen Vorfall sehr erstaunt, da sie in dem Glauben er-

halten wurde, daß sich das italienische Regime in Abessinien bereits überall durchgesetzt habe. Sie erörtert die Frage, wie es möglich war, daß eingeborene Angreifer und noch dazu mit Handgranaten, in die unmittelbare Nähe des Vizekönigs gelangen konnten.

Die italienische Zensur gibt keinerlei Telegramme aus Abdis Abeba frei, so daß keine verlässlichen Einzelheiten über das Attentat vorliegen. Es sollen jedoch zahlreiche Personen verhaftet worden sein. Man nimmt an, daß gegen sie in aller Öffentlichkeit ein Manifestationsprozeß durchgeführt wird, um die Eingeborenen einzuschüchtern.

Fortschritte der Regierungstruppen

Madrid. Die Regierungstruppen erobern die feindlichen Positionen entlang der Eisenbahnstrecke, welche bei der Straße nach La Coruna liegt. Eine andere Regierungstruppe erschien in der Nähe von Aravaca. Der Feind übte einen starken Druck bei der Straßeneinfahrt nach La Coruna und der Nordbahn aus.

Nach bisher noch unbestätigten Meldungen gelang es den Regierungstruppen, die Aufständischen aus ihren Positionen bei Bacia, von wo aus es möglich ist, die Straße nach Valencia an der Stelle nächst der Brücke in Arganda zu beherrschen, allmählich zu vertreiben. Im Abschnitt Maranosa und Morata de Tajun sind neue Verstärkungen eingetroffen. Man ist der Meinung, daß die Abteilungen General Francos bald einen neuen Angriff unternehmen werden.

Nach Madrid werden 430 Tonnen Lebensmittel als Geschenk der internationalen Organisationen gesandt werden. Einige Sendungen mit Aufständische Flugzeuge bombardierten sechs Stunden lang die Stadt Albacete, wobei etwa 30 Personen getötet wurden, darunter einige auf Urlaub weilende Soldaten. Lebensmittel sind in Madrid bereits eingetroffen.

Franco-Offensive gegen Bilbao?

Die Kriegsschiffe der Aufständischen bombardierten Bilbao, wo es nach italienischen Meldungen zu einer neuen großen Offensive der Aufständischen auf die durch die asturischen Bergleute verteidigte Stadt kommen soll.

Erfolgreicher Vorstoß gegen die aragonische Front

Barcelona. Der Ausschuss für die Verteidigung Barcelonas teilt mit, daß der Angriff der Aufständischen am Südpol der aragonischen Front zurückgeschlagen worden ist. Das Blatt „Noticiero“ fügt hinzu, daß der Angriff der Auf-

ständischen ungewöhnlich rasant durchgeführt wurde; vor allem war dies bei Montalban der Fall. Sie wurden jedoch durch Regimentsartillerie zum Rückzug gezwungen.

Havas-Korrespondent von Franco verhaftet

Paris. Der Havas-Korrespondent im Hauptquartier der Franco-Truppen, Mallet-Dauban, wurde vor drei Wochen verhaftet und ist seitdem in Avilla unter dem Verdachte der Spionage inhaftiert. Auch bei anderen französischen Journalisten wurden Hausdurchsuchungen vorgenommen. Die französischen Kollegen des Verhafteten haben gegen die Verschuldigung der Spionage protestiert. Mallet-Dauban soll ein Tagebuch geführt haben, in welchem er jedoch, wie erklärt wird, nur Tatsachen verzeichnete. Dieses Tagebuch wurde beschlagnahmt.

Freiwilligenverbot restlos durchgeführt?

Auch Portugal schließt sich an

London. Der Hauptausschuß des Nicht-einmischungsausschusses hat beschlossen, daß das Freiwilligenverbot erst am Sonntag in Kraft treten soll. Sämtliche Regierungen, die im Subkomitee vertreten sind, haben Maßnahmen zur Beseitigung des Verbotes der Freiwilligen für Spanien zugesagt.

In den englisch-portugiesischen Verhandlungen wurde ein Übereinkommen über das Regime der Kontrolle, die zur Durchführung gelangen soll, erzielt.

Lissabon. Die Regierung veröffentlicht einen Erlass, der die Anwerbung und Ausreise freiwilliger portugiesischer Staatsangehöriger für die

Teilnahme an den Kämpfen in Spanien verbietet. Portugiesen, die sich bereits bei einer der kämpfenden Parteien haben anwerben lassen, müssen innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten des Verbotes zurückkehren. Den in Portugal anfanglichen Ausländern, welche an den Kämpfen in Spanien teilnehmen, wird der Aufenthalt in Portugal für sechs Monate unterjagt.

Berlin. Der Reichsminister des Auswärtigen hat am 19. Februar eine Verordnung erlassen, daß das Gesetz zur Verhinderung der Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg am 21. Februar in Kraft tritt.

Rom. Die Regierung hat ein Gesetz beschlossen, um die Anwerbung, die Ausreise und die Durchreise von Freiwilligen für Spanien zu verhindern. Zuwiderhandelnde werden Strafen angebroht.

Paris. In Bestätigung der Abberufung des sowjetrussischen Vizekonsuls Rosenbergs in Valencia wird amtlich bekannt gegeben, daß für Rosenbergs eine andere wichtige Stelle aussersehen worden ist. In Paris glaubt man die Abberufung Rosenbergs darauf zurückzuführen zu können, daß Sowjetrussland sich nunmehr weniger für Spanien interessieren wird und vor allem entschlossen ist, bis auf den letzten Buchstaben die Londoner Nicht-einmischungsbeschlüsse zu erfüllen.

Reuter: Geeignete Grundlage

London. (Reuter.) Zu dem Beschluß der tschechoslowakischen Regierung über die Nicht-linien der Widerstandspolitik schreibt der diplomatische Reuter-Korrespondent, daß dieser Beschluß an englischen diplomatischen Stellen als geeignete Grundlage zur Lösung einer der wichtigsten mitteleuropäischen Probleme betrachtet wird.

Abgeordneter Nalisch erklärte in einer Unterredung mit dem Reuter-Korrespondenten, daß der Beschluß der tschechoslowakischen Regierung einen wertvollen und großen Beitrag der Tschechoslowakei am Werke des europäischen Friedens bedeute.

Sudetendeutsche Frage und Mitteleuropa

Wien. Unter dem Titel: „Die Befriedung der Sudetendeutschen und Dr. Hodjas Mittel-europa-Plan“ schreibt das „Weltblatt“:

Die Sudetendeutsche Partei, die führer- und loslos operiert, hat kein Verdienst am Zustandekommen der Verhandlungen zwischen der tschechoslowakischen Regierung und dem Sudetendeutschtum. Sie hat nicht einmal das traurige Verdienst, diese Verhandlungen erfolgreich torpediert zu haben, was sie beharrlich zu tun versucht hat.

Die Befriedung des Sudetendeutschums ist eine Vorbedingung, wenn die Hodja-Pläne, die Mitteleuropa-Pläne, wieder zum Leben erweckt und mit Aussicht auf Erfolg weitergeführt werden sollen. Deshalb sind die Verhandlungen zwischen Dr. Hodja und den Sudetendeutschen weit über den tschechoslowakischen Staat hinaus wichtig. Die erste Etappe ist glücklich durchgeschritten. Jede neue Etappe bringt auch die neuerliche Aufrollung der mitteleuropäischen Pläne des tschechoslowakischen Ministerpräsidenten um einen Schritt näher.

Der Freund

ROMAN VON GREGOR JARCHO

Und die Schule hatte das Recht, regelrechte Hausdurchsuchungen bei den Schülern — nicht etwa in der Wohnung des Verdächtigen, im Hause seiner Eltern — zu veranstalten. Bei mir wurde auch einmal gesucht, und dabei hat der Schuldienster auf Befehl des mitgenommenen Lehrers sogar mein Bett umgestoßen und unter der Matratze nachgesehen. Gefunden wurde nichts, weil ich — gewarnt vom Sohn eines unserer „Gewaltigen“ — seit acht Tagen schon auf alle unangenehmen Lebererkrankungen gefastet war und alles „Anstößige“ in den Wüchterschränken meines Vaters in seinem Arbeitszimmer versteckt hatte. Dort durften meine „Vorgesetzten“ nicht nachsuchen. Wenn man schon eines sonst jedem zugänglichen Buches wegen hart bestraft werden konnte, so war natürlich alle an sich illegale Literatur noch verbotener, wenn man so sagen darf. Nicht jeder konnte gewarnt werden, nicht jeder auch verdächtig sein selbst das Gesehene — so schlössen wir uns zusammen, hatten eine „illegale“ Wohnung, wo wir uns trafen und machten gemeinsame Ausflüge, schlugen geistige Mensuren, die manche Eigenschaft in uns zum Vorschein brachten, Mensuren, die kaum niedriger einschlagen sind als die, von denen die Schmissen in den Gesichtern der deutschen Studenten zeugen und die nach einer — ausschließlich in deutschen Landen — verbreiteten Ansicht angeblich erzieherisch wirken.

Außerdem gaben wir eine Zeitschrift heraus, die zwar nicht lange gelebt hat, aber den Schulbehörden — nicht allein unserer Lehranstalt —

recht unbequem war, da wir Wert darauf legten, die Wahrheit, so wie wir sie damals sahen und verstanden, ganz unverblickt auszusprechen. Wir sorgten dafür, daß die Herren Lehrer die hektographierten Nummern unserer Zeitschrift — nachdem die Schüler sie gelesen hatten — ebenfalls zu Gesicht bekamen. Dabei war der Besitz dieses Hektographen zu jener Zeit an sich ein von Staats wegen geahndetes Verbrechen. Wir waren jung und fühlten —

Die größte Aufmerksamkeit der Behörden richtete sich selbstverständlich in erster Linie auf uns und unsere Gleichen.

Im angeblich die „Jugend“ vor allem Möglichen zu schützen, zwang man sie — fast schon mit dem Beginn des Schuljahres in Anblik — Uniformen zu tragen. 1905, als es Schulleräte in jeder Lehranstalt gab, verlangten unsere damaligen Vertreter — unter Hinweis auf das westliche Europa — die Abschaffung der Uniform, der blauen „Kaisersmützen“ und der Mäntel mit dem Abzeichen, das gleich erkennen ließ, wo man uns nötigenfalls finden konnte (was ja gerade die Absicht der Behörde war). Wir wären damals sicher wenigstens mit einem Teil dieser Forderungen durchgedrungen, ich erinnere mich sogar, daß einige Schüler der höheren Klassen, die ich, zu jener Zeit noch ein Knirps, sehr bewunderte, nach dem Oktobermanifest des Zaren, das verschiedene Freiheiten gewährte und die Duma schuf, in „Rivol“ zur Schule kamen, ohne daß sie deshalb bestraft wurden. Aber die Uniform blieb bestehen, und zwar, wie ich nachher ziemlich einwandfrei feststellen konnte — in erster Linie deshalb, weil die Schüler nicht energisch genug ihre Forderung vertraten, da — und das war der springende Punkt — die Gymnasialkassen, „diese dummen bezopften Bänke“ erklärt hatten, daß sie mit uns nicht auf der Straße gehen würden, falls wir die Uniform ablegten. Und was 1905 veräußert worden war, ließ sich natürlich 1910 nicht einmal exträumen.

Des weiteren mußte jeder Schüler stets eine Ausweislarke bei sich tragen. Jeder Polizist hatte das Recht, von jedem Schüler Einblick in die Legitimationen zu verlangen. Schüler ohne Ausweislarke durften ohne Umstände verhaftet werden.

Wer von uns ein Theater besuchen wollte, mußte eine schriftliche Erlaubnis dazu haben. Auch im Theater mußte ein Schüler ohne schriftliche Erlaubnis darauf gefastet sein, daß man ihn fassen und vor die Tür setzen würde.

Es gab noch eine ganze Menge Vorschriften von dieser Art. Sie alle auszuführen hat keinen Sinn. Nur eine will ich noch erwähnen, weil sie den Boden für die Begebenheit abgab, die ich schildern will. In der Sommerzeit nach neun Uhr abends und in der Winterzeit nach acht Uhr durfte sich kein Schüler in ganz Anstand auf der Straße zeigen, es sei denn, seine Eltern oder ihre Stellvertreter hätten ihn irgendwohin geschickt, was sie dann schriftlich beglaubigen mußten.

Das war eine ernste Maßnahme der damals Regierenden. Die Nacht — das Dunkel, die Wiege aller Laster — begann für den Schüler Punkt acht Uhr. Er mußte zu Hause bleiben und war erstens allen Versuchungen und zweitens — was wohl schwerer war — allen illegalen Versammlungen fern.

Natürlich hielt sich niemand an diese Vorschriften. Einige besahen für die abendlichen Gänge „Rivol“; außerdem mied man die belebten Hauptstraßen und schlüpfte sich durch Seitengassen dort hin, wo gerade gelaufen, geraucht und geschrien werden sollte. Aber dorthin, wo die „Redaktion“ tagte oder wo gedruckt wurde.

Was sind alle Vorschriften, wenn ein lebendiger Glaube eine gläubige Lebensbejahung durchs Blut jagt!

Im Februar 1910, es kann auch Anfang März gewesen sein, einerlei, es lag Schnee, der Winter benahm sich noch durchaus als Herr im Lande,

da mußte unfer alter, schon seiner grauen Haare wegen allgemein geachteter, beliebter Direktor — man munkelte so manches über die Gründe — sein Amt aufgeben.

Wenn ich jetzt zurückdenke, will es mir scheinen, als ob mein Alter — sein nach und nach erworbenes Vermögen, über die Dinge sich emporzuheben — die eigentliche Ursache seiner etwas duldsameren Ansichten und somit wohl seiner Verabschiedung gewesen war.

Schon zu meines Vaters Schülerzeit war er Direktor gewesen, er hatte die achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts überstanden, er hatte nach bestem Wissen und Gewissen seine Pflichten erfüllt, war streng, gerecht und — seinem Kaiser treu gewesen, was für Menschen seiner Generation und seiner Anschauungen als Tugend galt; auch die Revolutionsjahre hatten ihn als den rechten Mann an der rechten Stelle gefunden, so sehr, daß er wieder von dem Kreislichdirektor noch von dem — selbstverständlich sehr radikalem — Schullehrer, der die Entfernung der meisten Lehrer verlangt hatte, angegriffen worden war! Vielleicht wurde auch ein damaliges Vertrauen der Schüler später Grund genug für das Mißtrauen der neuen, rückschrittlichen Regierung? Wer weiß. Wesentlich war damals, daß wir einen neuen Direktor bekamen.

Noch einen Tag vor seiner Ankunft hieß es, er wäre erkrankt und würde erst zum neuen Schuljahr kommen. Das war uns unangenehm, denn inzwischen regierte in der Anstalt der Inspektor Neustrojev, ein Mann, der die Universalität zu Moskau mit einer goldenen Medaille absolviert und 1805, als jeder das schwere Amt eines Inspektors von sich wies, entschlossen zugegriffen hatte, somit also für einen Streber galt.

(Fortsetzung folgt.)

Sudetendeutscher Zeitspiegel

Die Trautenauer Kreiskonferenz:

Fürsorgeminister Nečas begeistert empfangen „In unserer Republik muß für alle Raum sein zur vollen sozialen und kulturellen Entfaltung“

Trautenau. Im Rahmen der Arbeiter-Winterolympiade in Johanniskbad fand in Trautenau die Kreiskonferenz der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei statt. Die Konferenz wurde um 2 Uhr nachmittags unter dem Vorsitz von E. O. Hambausk eröffnet. Die erstatteten Berichte wiesen ein erfreuliches Wachstum der Bewegung in Ostböhmen auf. Im Berichtsjahr wurden nach einer Feststellung des Kreissekretärs Franz Krejčí nicht weniger als 1000 neue Parteimitglieder gewonnen. Der von Krejčí erstattete Bericht über die Parteipresse zeigte ebenfalls Erfolge auf. Die Parteibewegung wird nach den Mitteilungen der Funktionäre im heutigen Jahre den Stand der Jahre 1929—1930 wieder erreichen. Die Debatteredner (Fiedler, Marchendorf, Novák, Křížek, Märzendorf und Buchner) stimmten den Darlegungen der führenden Kreisfunktionäre zu. Der Kreisleiter wurde einstimmig als Vertrauensausgesprochen.

nationaler Hinsicht vollkommen gerecht vorgegangen. Wörtlich erklärte der Minister über das nationale Problem u. a.:

„Ich brauche Euch nicht zu sagen, daß ich in der Krisenfrage zwischen tschechischen und deutschen Arbeitern keinen Unterschied mache, und ich will die Zahlen nicht wiederholen, die ich im Abgeordnetenhause und im Senat in Verantwortung der von der Sudetendeutschen Partei eingebrachten Interpellationen vorgebracht habe und mit denen ich bewies, daß die soziale Fürsorge der Republik sich allen ihren Bürgern ohne Unterschied der Nationalität zuwendet.“

In unserer demokratischen Republik muß Raum sein für die volle soziale und kulturelle Entfaltung aller und darum in gleichem Maße auch ihrer deutschen Bürger, die in ihr nicht nur ihre Heimat, sondern auch ihren Staat sehen wollen. Eine Ideologie der nationalen Totalität, die dem demokratischen Werte, den demokratischen Grundgesetzen, dem demokratischen Lebensinhalt unseres Staates fremd ist, bekämpfen wir und werden wir immer bekämpfen.“

Ihr habt auf diesem Boden auch eine große kulturelle und im edelsten Sinne des Wortes nationale Aufgabe als Deutsche zu erfüllen und erfüllt sie. Ihr habt den Beweis geliefert, daß auch im deutschen Volke die Sehnsucht nach Freiheit und Demokratie lebendig ist und daß auch die deutsche Kultur getragen und erfüllt ist von den hohen Idealen der Humanität. So verwalte ihr nicht nur das geistige Erbe von Marx und Engels, sondern auch das von Herder, Goethe und Kant. Diese hohen kulturellen Ideale leben auch in den Herzen des tschechischen Volkes. Wir glauben nicht daran, daß zwischen dem deutschen und dem tschechischen Volk ein Gegensatz besteht, wie wir vielmehr tief davon überzeugt sind, daß die Völker dazu bestimmt sind, auf dem Boden des gemeinsamen Staates in Frieden und Freundschaft miteinander zu leben. Dazu wollen wir gemeinsam arbeiten und wir wollen miteinander dahin wirken, daß Mißverständnisse und Meinungsäufserungen beseitigt werden, wo sie noch bestehen. In diesem Sinne steht unsere Partei zu den Verhandlungen, die jetzt im Schoße der Regierung geführt werden, durchaus positiv.“

Der Rede des Fürsorgeministers folgte minutenlanges Beifall. Während der Rede des Fürsorgeministers war auch Abgeordneter Siegfried Taub eingetroffen, den die Konferenz ebenfalls begeistert begrüßte.

Anschließend wählte die Kreiskonferenz die neue Kreisleitung, an deren Spitze wiederum E. O. Hambausk, Abgeordneter Krejčí und Dr. Mühlberger stehen.

bereits der DZ-Mann Jaroslav Krhau mit 8,26, während sich der Norweger Arne Talsrat mit dem dritten Platz begnügen mußte. Viertes war der Schweizer Schwärz mit 3,41. Der erste Ausläufer war Peter Asel an achter Stelle mit 4,20. Der Kurs befehle weiter den 11., 13. und 14. Platz. Er hat bei den starken Konkurrenz überall ehrenvoll abgeschlossen.

Besonders reich an spannenden Momenten war der 30-Kilometer-Langlauf, bei dem die Strecke, bei der bedeutende Höhenunterschiede bewältigt werden mußten, zweimal zu durchfahren war. Schon in der ersten Hälfte war der Sieg der Nordländer unzweifelhaft. Als er gingen die norwegischen Nummern 55 und 60 in der gleichen Sekunde durchs Ziel. Bis zum ersten Platz konkurrierten nur die Finnen und Norweger untereinander. Den ersten Platz befehle der Norweger Selli mit 2.04.04, den 2. bis 4. Platz wieder Norweger, den 5. der Finne Kahre mit 2.08.59. Der erste Mittlereuropäer war Walter Dreßler mit 2.20.13. Ihm folgte der DZ-Läufer Lanna mit 2.26.32.

Fackellauf und Festabend

Am Abend fand ein Fackellauf durch Johanniskbad statt, der ein einzigartiges Bild der Schönheit bot. Um 8 Uhr abends wurde ein Festabend unter Mitwirkung der heimischen und ausländischen Sportler und der Arbeiterkameraden veranstaltet. Ansprachen hielten Abgeordneter Krejčí, Fürsorgeminister Nečas und Abgeordneter Taub.

Siegerliste

- 10-Kilometer-Mannschaftslauf der Sportler
1. Norwegen I 30:14 Min., 2. Norwegen II 40:43, 3. Finnland I 41:44, 4. DZ I 43:18, 5. Schweden 45:10, 6. Kurs I 46:40, 7. Finnland II 47:38, 8. Naturfreunde (GZM) 48:40, 9. DZ II 50:00, 10. Norwegen III 50:19, 11. Militär bran. 2 II 52:36, 12. Naturfreunde (GZM) 56:19, 13. Svaz d. turistu I 56:25, 14. Kurs III 56:38, 15. Republ. Wehr 56:45, 16. Militär bran. 2 II 57:54, 17. Svaz d. turistu II 59:42 Min.

Kombinationslauf (15-Kilometer-Langlauf und Sprunglauf)

1. Jensen Arthur (Norwegen) 37.483 Punkte, 2. Nikar Söll (Norwegen) 37.117, 3. Fieber Volten (Norwegen) 31.750, 4. Sven Halvorsen (Finnland) 30.500, 5. Loten Ottmar (Norwegen) 30.100, 6. Wärt Hans (Schweiz) 24.388, 7. Hofendahl O. (Finnland) 24.224, 8. Schwarz Werner (Schweiz) 23.784, 9. Reuffer Hans (Schweiz) 23.427, 10. Auebi Ernst (Schweiz) 22.617, 11. Richter Josef (Kurs) 18.167, 12. Seblak Josef (DZ) 15.701, 13. Kraus Arthur (Kurs) 12.634, 14. Kober Rudolf (Kurs) 11.251 Punkte.

4-Kilometer-Langlauf der Jugendsportlerinnen

1. Richter Anna (Kurs) 16:01 Min., 2. Simm Elise (Kurs) 16:05, 3. Brana Verta (Kurs) 22:35 Minuten.

4-Kilometer-Mannschaftslauf der Sportlerinnen

1. Finnland 18:00 Min., 2. Kurs 23:54, 3. DZ 20:20, 4. Svaz d. turistu 20:13 Minuten.

10-Kilometer-Langlauf der Jugendsportler

1. Kraus Walter (Kurs) 38:38 Minuten, 2. Rißer Josef (Kurs) 40:49, 3. Eucharada Karel (DZ) 41:55, 4. Böschmann Ernst (Kurs) 42:07, 5. Esla Willi (Kurs) 42:09, 6. Rinte Alfred (Kurs) 42:48, 7. Schödl Arnold (Kurs) 43:08, 8. Wüst Rudolf (Kurs) 43:38, 9. Kellner Josef (Kurs) 44:08, 10. Hofschla Hans (Kurs) 45:26, 11. Lahmer Alfred (Kurs) 46:36, 12. Kober Franz (DZ) 46:38, 13. Rißer Walter (Kurs) 47:27, 14. Lahmer Ernst (Kurs) 47:30, 15. Müller Erwein (Kurs) 48:22, 16. Kahl Ferdinand (Svaz d. turistu) 48:30, 17. Joch Arana (Kurs) 49:16, 18. Klein Sendor (Ungarn) 49:18, 19. Strich Verthold (Kurs) 49:37, 20. Kahl Rudolf (DZ) 49:44, 21. Kopeck Ladislav (DZ) 50:26, 22. Rißer Johann (Kurs) 51:03, 23. Weigt Max (Kurs) 52:11, 24. Sorn Josef (Kurs) 52:27, 25. Vorechobsky Alfred (DZ) 52:43, 26. Nechal Jaroslav (DZ) 54:19, 27. Walsch Rudi (Kurs) 55:09, 28. Stebich Anton

Fürsorgeminister Ing. Nečas

im Saale und es wurde ihm ein triumphaler Empfang bereitet. Die Delegierten erhoben sich spontan von ihren Plätzen und es ertönte minutenlanges Beifall, als der Kreisvorsitzende den Minister in tschechischer und deutscher Sprache herzlich begrüßte. Minister Nečas ergriff sofort das Wort zu seinem Referat über die politischen Probleme in der Tschechoslowakischen Republik.

Er überbrachte zunächst die Grüße der tschechoslowakischen Sozialdemokratie und wies darauf hin, daß seine Partei den heroischen Kampf der deutschen Sozialdemokratie voll und ganz unterstützen werde. Er sei wiederholt im Grenzgebiet gewesen und habe sich von der Haltung der Grenzbevölkerung überzeugt. Angesichts des wirtschaftlichen Druckes, unter dem sie leben, sei die Festigkeit und der Mut der deutschen Sozialdemokraten zu bewundern. Sodann behandelte er die Bemühungen der Regierung, die Arbeitslosigkeit durch eine Wirtschaftspolitik zu bekämpfen, und stellte fest, daß es sich den Arbeitslosen nicht darum handle, Almosen zu bekommen, sondern daß man ihnen das Recht auf Arbeit sichern müsse. Es sei ein Unfug zu sagen, daß die Arbeitslosen nicht arbeiten wollen.

In der Frage der Krisenhilfe sei die Regierung und besonders das Fürsorgeministerium in

(Kurs) 55:17, 29. Bivonska Stepan (DZ) 56:29, 30. Mojzis Alfred (DZ) 58:52 Min., 31. Nochnal Witos (DZ) 1:00:03 Stunden, 32. Seis Stavel (DZ) 1:05:50 Stunden.

15-Kilometer-Langlauf der Sportler (Kreiskonferenz)

65. Endler Emil (Kurs) 1:11:11 Stunden, 66. Ekloda Vobus (DZ) 1:11:13, 67. Refel Karel (Svaz d. turistu) 1:11:45, 68. Fofadovsk Jaroslav (DZ) 1:12:01, 69. Dermann Emil (Naturfreunde) 1:12:22, 70. Stanel Franz (Svaz d. turistu) 1:12:46, 71. Müller Alfred (Kurs) 1:13:07, 71. a) Novak Eman (DZ) 1:13:07, 71. b) Novak Josef (DZ) 1:13:07, 72. Vento Rilem (DZ) 1:13:32, 73. Kopeck Antonin (Svaz d. turistu) 1:13:58, 74. Rahl Karel (Svaz d. turistu) 1:13:58, 75. Szandovsk Andreas (Ungarn) 1:14:00, 76. Morzof Karel (Svaz d. turistu) 1:14:04, 77. Voldrich Karel (Svaz d. turistu) 1:14:18, 78. Boguzal Jan (Svaz d. turistu) 1:14:30, 79. Schöler Herbert (Naturfreunde) 1:14:41, 80. Vrennig Rudolf (Kurs) 1:16:11, 81. Kubena Vobus (DZ) 1:16:36, 82. Anforaz Alois (Kurs) 1:16:43, 83. Hle Alfred (Kurs) 1:16:50, 84. Wiedemann Emil (Kurs) 1:17:11, 85. Langner Arana (Kurs) 1:17:53, 86. Aus Franz (Svaz d. turistu) 1:17:43, 87. Paile Emil (Kurs, Währen) 1:18:41, 88. Kies Benzel (Naturfreunde) 1:19:35, 89. Ral Franz (Svaz d. turistu) 1:19:54, 90. Seidler Rudolf (Kurs) 1:20:19, 91. Heinrich Otto (Kurs) 1:20:27, 92. Pavlicek Hans (Kurs) 1:20:57, 93. Mirdner Johann (Kurs) 1:21:13, 94. Hofschla Heinrich (Kurs) 1:24:20, 95. Söll Emil (DZ) 1:25:34, 96. Rudolf Richard (Naturfreunde) 1:29:14, 97. Kremer Jan (DZ) 1:30:26, 98. Mojzis Franz (DZ) 1:43:00, 99. Seral Josef (Ungarn) 1:48:19, 100. Blafatz Jan (DZ) 1:58:00.

Prof. Alfred Kohn 70 Jahre alt

Prof. Dr. A. Kohn, Lehrer der Histologie und Vorstand des histologischen Institutes der deutschen Universität in Prag, feiert am 22. Februar 70. Geburtstag. Den geistlichen Bestimmungen gemäß zieht er sich zu gleicher Zeit von der Lehrtätigkeit zurück und tritt in den Ruhestand.

In Libin bei Ruditz geboren, hat er, aus eigener Kraft und nur auf sich selbst angewiesen, das Gymnasium und die Hochschule in Prag absolviert. Schon frühzeitig und noch als Student wurde er Assistent am histologischen Institut in Prag. Schon als Student war er in so hervorragender Weise als erster wissenschaftlicher Forscher tätig, daß ihm hervorragende Entdeckungen gelangen. Seine weiteren, außerordentlich wertvollen wissenschaftlichen Forschungen und Entdeckungen verschafften ihm Weltbekantheit. Als erster und erfolgreicher wissenschaftlicher Forscher ist er bis zum heutigen Tage tätig. Prof. Kohn gilt als einer der ersten Fachleute auf dem Gebiete der Histologie.

Prof. Kohn war immer ein Mann von lauterstem Charakter, von edler aufopfernder Hilfsbereitschaft. Für die berechtigten Interessen der deutschen Universität trat er stets mannhaft und entschlossen ein. Seiner Heimat blieb er immer in treuer Liebe verbunden.

Tagung der Angestellten aus den Humanitätsanstalten

Sonntag, den 14. Februar, fand in Komotau die Tagung der Angestellten in den Kranken- und Humanitätsanstalten statt. Es nahmen an ihr 33 Delegierte teil, welche 13 Krankenhäuser und Humanitätsanstalten vertreten. Schwärz, Reichenberg, erstattete ein Referat über Fragen der Angestellten in den Krankenhäusern und Humanitätsanstalten. Er führte unter anderem aus: Die in diesen Instituten beschäftigten Angestellten haben nicht jene Rechte, die anderen Kategorien längst eingeräumt wurden. Sie werden am schlechtesten bezahlt, wobei noch berücksichtigt werden muß, daß der Achtundtag doch keine Anwendung findet. Zwei Drittel aller Angestellten beziehen ein Gehalt bis zu 600 Kč monatlich. Diese Gruppe der Angestellten mußte jedoch auch alle vorgenommenen Abzüge über sich ergehen lassen, so daß sie bei einer 70- bis 90stündigen Arbeitszeit per Woche kaum 88.— Kč erhalten. Diesen und anderen Unbilligkeiten könnte nur abgeholfen werden, indem die Angestellten sich restlos dem Verbände der öffentlichen Angestellten in England und diesem folgerichtig die Legitimation für Verhandlungen verschaffen, die er im Namen aller führen könnte.

An die Ausführungen des Sekretärs Schwarzbach schloß sich eine rege Debatte, an der sich Vertreter fast aller nordwestböhmer Humanitätsinstitute beteiligten. (Kofentanz, Reichenberg, Berg, Leitmeritz, Tschern, Auffs, Gelbich, Teplitz, Kober, Teitschen, Kofenberg, Friedland, Radekly, Komotau, Weissenberger, Karlsbad, Siebert, Komotau und Guth, Teitschen.)

Schwarzbach erwähnte im Schlußwort, daß ein Dienstreglement geschaffen werden muß, das in allen Krankenhäusern und Humanitätsanstalten Anwendung zu finden hätte. Diese Musterbestimmung wird in aller nächster Zeit ausgearbeitet werden u. als Grundlage soll die Dienstordnung der Angestellten des Prager Krankenhauses dienen.

Schließlich wurde eine Forderung der Angestellten aus den Humanitätsanstalten gegründet, die folgende Zusammensetzung hat: Vorsitzender: Alois Tschern-Auffs, Stellvertreter Ernst Guttsch, Schriftführerin Josephine Berg, Leitmeritz, Stellvertreter Kurt Neumann-Brüg, Kaffier, Radekly Friedrich-Komotau, Stellvertreter Pfleger Josef Teplitz, Kontrolle Ernst Weissenberger-Karlsbad.

Hochbetrieb in Johanniskbad

Johanniskbad. (E. P.) Bei schönem Wetter — es fällt fast den ganzen Tag ununterbrochen dichter Schnee — wurden die Wettkämpfe des dritten Tages durchgeführt. Die Natur hatte für die Besucher der Winterolympiade eine besondere Überraschung vorbereitet. Um 8 Uhr morgens stand über Johanniskbad ein Gewitter. Den grellen Blitzen, die die Schneelandschaft gespenstisch beleuchteten, folgten vier Donnerschläge. Dieses Naturereignis war einzig in seiner Art.

Am Vormittag und während des Nachmittags trafen viele neue Besucher ein, so daß ganz Johanniskbad im Zeichen der Olympiade steht. Unter den eingetroffenen Prominenten befinden sich der Vorsitzende des Senats Dr. Soukup und der finnische Gesandte. Auch eine ganze Reihe offizieller Vertreter der Arbeiterorganisationen trafen noch ein, so für den Deutschen Gewerkschaftsbund der Abgeordnete Franz Macoun. Ebenso sind die Naturfreunde, die DZ und der Svaz tschechisch offiziell vertreten. Fast alle Hotels sind ausverkauft. Die Arbeiter kommen von weit und breit, um an der Kundgebung des sozialistischen Arbeiterports teilzunehmen.

Spannende Momente bei den Abfahrtsläufen

Noch lange vor Beginn des Abfahrtslaufes war das weite Gelände von der Fimmederbaude bis zu dem in Johanniskbad befindlichen Ziel dicht umfüllt von sportbegeisterten Zuschauern. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen des Abfahrtslaufes führen auch hier die Nordländer überlegen. Doch konnte der Kurs den 4. und 5. Platz im 2-Kilometer-Abfahrtslauf der Sportlerinnen befehle. An 1. Stelle kam Wonsen-Norwegen mit 4.42 Minuten, an 2. Stelle die finnische Refordlerin Ruokola mit 6.15, an 3. Stelle die Finnländerin Silbakt mit 6.31, an 4. Stelle die Kurs-Läuferin Kirchscher mit 7.05, an 5. Stelle Seidl-Kurs mit 7.35. Besonders große Leistungen waren beim Abfahrtslauf der Männer zu sehen, das

über eine Strecke von 4 Kilometer erfolgte. Hier führten die Schweizer, aber auch die Leistungen der heimischen Arbeiterportler waren hervorragend.

Nach dem Verlauf des Samstag, dem am Sonntag noch Slalomläufe und Sprungläufe folgten, kann jetzt schon gesagt werden, daß die Skandinavier in den verschiedenen Laufarten unbestrittene Sieger sind. Nach den bisherigen Läufen haben sie sich sowohl beim 2-Kilometer-Abfahrtslauf der Frauen als auch beim 4-Kilometer-Abfahrtslauf der Männer an die Spitze gesetzt. Bei den Frauen belegten unsere Kurs-Sportlerinnen den 4. und 5. Platz. Bei den Männern steht der Bruder des vorjährigen Olympiasiegers, der Norweger Hermod Knud, mit 3.01 an der Spitze. Ihm folgte als zweiter



Aufmarsch zur Eröffnung

Preßnitz, die sterbende Stadt

Hoch oben am Stamme des Erzgebirges, in fast 800 Meter Höhe, erhebt sich im bergigen Gelände, umfäumt von rauschenden Fichtennädelwäldern und jäh abfallenden Weidhängen ein schmuddes, sauberes Städtchen. Das einst Weltkrug genöh: P r e ß n i t z. Es ist eine Bezirksstadt und beherbergt als solche verschiedene Ämter und Behörden, eine staatliche Forstverwaltung und schließlich eine herrschaftliche Forstkanzlei.

Die alte Stadt hat die einstige Verühmtheit ihrer alten Musikschule zu verdanken. Um etwa 1880 herum gründeten einige ortsanfässige Musiker ein Lehrkonförtium, aus dem schließlich die heutige Musikschule entsprang, der man 1897 im alten kaiserlichen Defterreich Defterlichkeitsrecht einräumte. Man tat noch ein übriges: Die Schule wurde in der alten Sabsburgermonarchie mit einer Jahressubvention von 20.000 Kronen bedacht. Dieser Betrag reichte nicht nur zur Bezahlung der Lehrer, sondern auch zur Verbreitung des weitaus größten Teiles des Sadaufwandes zu. Die Subvention wurde noch während der Kriegsjahre ausbezahlt und die Stadt hatte um die Erhaltung ihrer Musikschule keine Sorgen zu tragen.

Aus dieser sechs-klassigen Orchesterfchule, in der alle einschlägigen Musikinstrumente einschließlich Orgel und Klavier gelehrt wurden, sind wertvolle Musiker hervorgegangen. In früheren Zeiten zogen diese in alle Welt und die Preßnitzer Kapellen waren allerorts bekannt und geliebt. In Java, Ägypten, Chile und anderen fremden Staaten waren und sind Musiker aus unserem Erzgebirge, die den Unterricht in der Preßnitzer Musikschule genossen haben, schenkt. Aus Aufzeichnungen der Stadt ist ersichtlich, daß in aller Herren Länder Preßnitzer Musiker beschäftigt waren und es ist selten eine Stadtmatrix so vielfältig und bunt, wie man sie hier antreffen kann. Fast ein Drittel der älteren Einwohner ist auswärts geboren, einige sind sogar bei großen Ueberfahrten auf Schiffen zur Welt gekommen. Die Frauen gehörten ja mit zu den Kapellen und sie mußten den Männern folgen, wohin diese auf gerade zogen. Eltern und Kinder lieb man in der Heimat zurück; diese lebten von den aus der Fremde eintreffenden reichen Zuschüssen.

Da es in der damaligen Zeit für die Musiker keine Pensionsversicherung gab, legten sich die allzeit sparfamen Erzgebirger Geld zurück, das ihnen im Alter zur Bestreitung des Lebensunterhaltes dienen sollte. Heimatliebend wie diese Menschen nun einmal sind, legten sie ihre Spargrößen in die städtische Sparkasse zu Preßnitz ein. Während des Krieges wurde davon jedoch Kriegsanleihe gezeichnet und nun sind diese armen Menschen auch um diese Ersparnisse gekommen.

Heute ist die Situation in der einstigen berühmten Musikschule wesentlich anders geworden. Infolge der allgemeinen Notlage der Bevölkerung, mußte der Preis des Schulgeldes wiederholt herabgesetzt werden, die Ausgaben sind jedoch aus eben den gleichen Gründen gestiegen. Da der Staat diesem wahrhaft sozialen Unternehmen jedoch eine jährlicher Subvention nur 2500 Kc gewährt, sind für die Stadt daraus große finanzielle Sorgen entstanden. Die arme Gemeinde opfert jährlich zur Erhaltung der Musikschule, die zu einer Existenzfrage für die Erzgebirgsjugend wurde 80.000 Kc. Diese Last trägt die Gemeinde nur, um der in Hoffnungslosigkeit steuernden Jugend eine Bildungstätte zu erhalten, die vielen ihrer Väter eine Existenzgrundlage geschaffen hatte.

Das jährliche Schulgeld wurde mit 300 Kc festgesetzt. Für sozial schlechtgestellte Einwohner wurde eine 50prozentige Ermäßigung beschloffen und Kinder von Arbeitslosen brauchen gar nur 50 Kc pro Jahr bezahlen. Trotz dieses außerordentlichen Entgegenkommens weist die Zahl der Schüler eine stetig sinkende Tendenz auf, weil die armen Erzgebirgsbewohner nicht einmal diese kleinen Beiträge aufzubringen vermögen. Eintretende Schüler müssen mindestens zehn Jahre alt sein und sich für einen sechs-jährigen Schulbesuch verpflichten.

Die Lehrer, von denen einige sogar an Konservatorien ausgebildet wurden, erhalten nach einer mehr als dreißig-jährigen Dienstzeit ein Monatsgehalt von netto 800 Kc, während der Direktor 1000 Kc bezieht. Mit diesen bescheidenen Entlohnungen müssen die Lehrer, welche ausgezeichnete Schulungsarbeit leisten, ihren gemessenen Lebensunterhalt bestreiten. Die Schulleitung ist berechtigt, Zeugnisse auszustellen, die gleichzeitig Befähigungszeugnisse für die Aufnahme in Theater- und Kurlapellen darstellen und auch zu Musiklehrerprüfungen berechtigen.

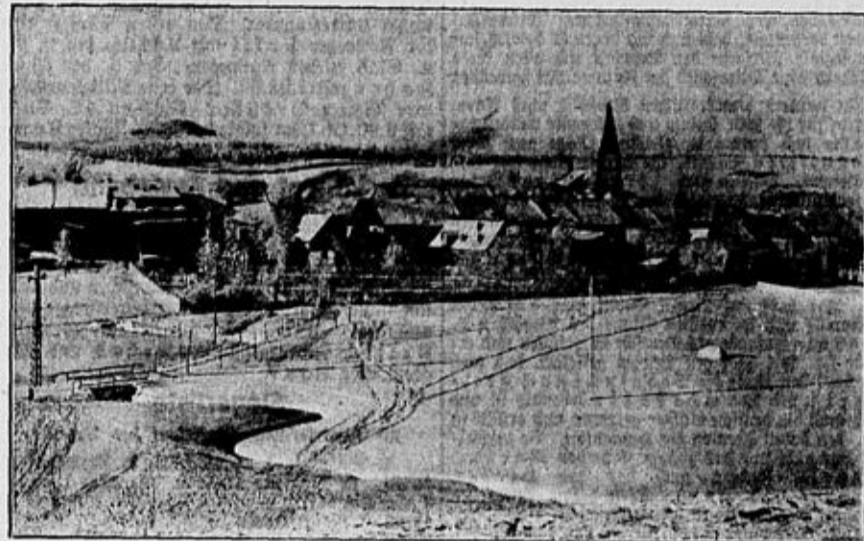
Auch heute noch sind verschiedene an der Preßnitzer Musikschule ausgebildete Fachleute bei großen und bekannten Orchestern beschäftigt. Da es im oberen Erzgebirge Musikstücken, welche der Jugend eine Existenzgrundlage garantieren würden, nicht gibt, kommt dieser Schulungsstätte eine hohe soziale Bedeutung zu. Es wäre aus diesem Grunde wohl angezeigt, wenn der Staat für die Erhaltung dieser Einrichtung größere Zuzuwendungen bewilligte, denn der Betrag von 2500 Kc ist völlig unzureichend. Die Bevölkerung empfindet diese geringe Dotierung als eine Vernachlässigung ihrer Existenzfragen.

Nach dem Krieg- und vor allem seit dem Machtergreifung sind auch für die Preßnitzer Musiker schwere Sorgen entstanden. Durch die rigorosen Absperrungsmaßnahmen für fremde Arbeitskräfte, wurden weite Arbeitsgebiete verschlossen. Den solcherart arbeitslos gewordenen Menschen gelingt es nur langsam, an anderen Arbeitsplätzen unterzukommen.

Vor dem Kriege hat es auch eine weitverzweigte ertragreiche Heimindustrie gegeben. Diese wurde jedoch durch die technische Entwicklung überholt und lahmgelegt. Heute gibt es wohl einzelne Familien, die sich noch mit Heimarbeit beschäftigen. Wie steht es jedoch praktisch um diese? Diejenigen, welche klöppeln, verdienen kaum so viel, daß sie davon neuen Ämtern kaufen können. Es gibt auch eine Häkelindustrie, die hausmässig betrieben wird. Wenn eine Frau sehr fleißig arbeitet, kann sie im Tag beispielsweise 100 Stück Holzknöpfe umsäkeln. Für ein Gros (d. s. 144 Stück) erhält sie eine Entlohnung von 1,50 Kc,

so daß sie also in einer vom frühen Morgen bis in die sinkende Nacht während der Arbeitszeit sage und schreie eine Krone verdient.

Ganze Familien, welche für die Volksgenossen Unternehmer Näh- und Weberarbeiten verrichten,



erzielen einen Wochenverdienst von 25 bis 30 Kc. Im nahegelegenen Weigensdorf leben beispielsweise alle Einwohner nur aus diesen bescheidenen Erwerbssquellen.

In Preßnitz gibt es zwei industrielle Betriebe. Die Strumpfabrik Gebr. Schloffer, welche etwa 60, und die Spinnniederlage Schmidt, welche 16 bis 20 Arbeiter beschäftigt. Beide Unternehmer gehören der „Volksgemeinschaft“ an und zahlen ihren Arbeiterinnen Löhne von 60 bis 90 Heller pro Stunde.

In der Vorkriegszeit bis 1914 gab es in Preßnitz auch einen Eisenerz-Bergbau, bei dem in der Blütezeit 800 Personen beschäftigt gewesen hatten. Aus Unrentabilität wurde er aufgegeben, auf diese Art das vorhandene Eisend noch vermehrend.

Durch die Forstwirtschaft wird ein geringer Teil von Arbeitern ernährt. In den herrschaftlichen und städtischen Forsten sind die Arbeiter nur teilweise beschäftigt, weil deren Zahl unübersichtlich erhöht wurde, um einem größeren Verdienstmöglichkeit zu bieten. Die jährlichen Einkommen bewegen sich um die 3000 Kc. In den staatlichen Forsten liegen die Verhältnisse einigermaßen günstiger.

In früheren Zeiten sind aus Preßnitz und den umliegenden Ortschaften auf die 800 Personen in das angrenzende Sachsen auf Arbeit gegangen, der infolge der Wänterunterschiede schöne Einkommen erzielten. Jetzt sitzen sie daheim. Hilfer hat ihnen die Grenzen versperrt. Höchstens einige Landwirtschaftlichen können gegen geringe Entlohnung unterkommen.

Preßnitz zählt 600 Arbeitslose einschließend der Heimarbeiter, d. s. mit den Angehörigen etwa

1500 Personen, die unter den direkten Krisenauswirkungen leiden. Unterstützung beziehen davon aber nur 300 Arbeitslose. Indirekt ist die ganze Stadt von der Arbeitslosigkeit in Mitleidenschaft gezogen und es gibt eine große Anzahl kleiner Gewerbetreibender, die überhaupt kein Einkommen haben.

Wie sich die drückende Notlage bevölkerungspolitisch auswirkt, geht aus folgenden erschreckenden Ziffern hervor:

Die Stadt Preßnitz zählte vor dem Kriege 5400 Einwohner, deren Zahl sank dann auf 4862 und hat heute den Tiefstand mit 2800 Einwohnern erreicht.

Dieser Rückgang ist sowohl auf krisenhafte Abwanderungen als auch durch einen bedeutenden Geburtenrückgang, verbunden mit einer erschreckenden Säuglingssterblichkeit, entstanden. Etwa ein Drittel der Einwohner befindet sich außerdem ständig auf Hausierhandel. Auch in den umliegenden Ortschaften Weigensdorf, Christophhamme, Weigensdorf und Sonnenberg liegen die Verhältnisse ebenso. Junge arbeitswillige Menschen gehen

Hermann Mann schildert auch das beispiellose Martyrium des Hebaiteurs der „Dresdner Volkszeitung“ Sachs, der buchstäblich zu Tode gequält wurde. Koch jetzt befindet sich in Sachsenburg Erich T a l o b i, der wiederholt im Hunger fürchterlich geschlagen wurde und der das R. P. kaum lebend verlassen wurde. Ein gewisser Baumgarten aus Dresden kam nach seiner Einlieferung ins „Bernehmungszimmer“. Am Tage darauf fand Hermann Mann dieses Zimmer in einem grauenhaften Zustand.

Alle Wände, die Zimmerdecke und der Fußboden waren über und über mit Blut bespritzt. Aus einem Rohr an der Decke hing eine Kette herab, das Marterinstrument. Tags darauf wurde der Unglückliche den Mithäftlingen vorgeführt: sein Kopf ähnelte einem Fußball und war ganz blau und grün. Von den Augen sah man nur zwei quergefährliche Öffnungen. Beim Entkleiden im Bad bemerkte Mann, daß Baumgarten über und über mit Menschenkot bedeckt war: Die Bestien hatten auf ihn herumgetrampelt, bis ihm der Kot aus dem Leibe trat.

Paul Schrabbs aus Leipzig schnitt sich in Sachsenburg die Kehle durch. Paul Kiffner aus Plauen starb im Sterbezimmer, ohne daß sich jemand um ihn gekümmert hätte. Paul Dorn aus Löbau stürzte sich aus dem Fenster zu Tode. Gemütskrank werden sterilisiert.

Einmal wurden die Häftlinge gezwungen, ihre Gesichter mit roter Farbe beschmieren und so zur Arbeit anzutreten. Ein ander Mal mußten sie auf die Barackendächer klettern und von dort in Pfützen hinabspringen. Eines Tages waren 1346 Häftlinge in einem einzigen Saale zusammengepfercht.

Bei seiner Entlassung machte einer der Gestapo-Leute aus Dresden, ein gewisser Jähnchen, folgende Bemerkung zu Mann:

„Wenn Sie es nach Ihrer Entlassung wagen sollten, uns Schwierigkeiten zu machen, so lassen wir Sie auch in Ihrem Lande wegsehen.“

Am 22. Jänner 1937 — so schlecht das Protokoll — wurde ich entlassen, erhielt gar keinen Entlassungsschein und ebenso wenig eine Landesverweisung, der beste Beweis dafür, daß gegen mich nicht das Geringste vorgelegen hat. Diese vorstehenden Angaben entsprechen vollkommen den Tatsachen.

Gemeindepolizei verpflegt Gemeindegeldbesitzer im Schar. Der 50-jährige Gemeindevorstand der Gemeinde Werbig bei Leitmeritz verlor schlecht und recht seinen Dienst: Er genöh das Vertrauen der Gemeindevertretung, die ihm die Einhebung verschiedener Gemeindegeldbesitzer anvertraute. Die peinliche Vorgeschichte des Winters im kleinen Dorfe benutzte der Gemeindevorstand ins und außerhalb des Dienstes zum Gasthausbesuch, wobei er mit großer Leidenschaft sich dem Scharspiel hingab. Bei einer Revision im Jänner dieses Jahres kam die Finanzkommission darauf, daß der brave Gemeindevorstand eine größere Summe vereinnahmter Gelder nicht abgeliefert habe. Als dieser merkte, daß seine Defraudation festgestellt war, ging er zur Gendarmerie und meldete, daß er das nicht abgelieferte Geld im Schar verpflegt habe. Als diese Selbstanzeige zur Kenntnis seiner Mitspieler kam, brachten sie der Gendarmerie einen Betrag von 500 Kc unter der Angabe, diesen Betrag vom Gemeindevorstand gewonnen zu haben. Obwohl dadurch der größte Teil des Geldes gedeckt war, endete das länderliche Idyll mit der Verurteilung des pflichttätigen Gemeindevorstandes zu sechs Wochen schweren Kerker unbeding.

Die politische Verantwortlichkeit des Lehrers besteht in der Aufgabe, auf seinem Arbeitsfeld für die Erneuerung der Gesellschaft zu kämpfen. Er muß aber dabei von jenen Parteien, die den Fortschritt repräsentieren, unterstützt werden. In diesem Ergebnis kommt Alfred K l e i n b e r g in der eben erschienenen Heberfolge der „Neuen Erziehung“. In einem ausgezeichneten Beitrag bespricht der heftige Schulreformer J a d o t die Bedeutung des kritischen Geistes in der demokratischen Erziehung. In einem „Briefe aus Wien“ wird die gegenwärtige Lage der österreichischen Lehrer geschildert und das große Interesse der Pöller an den ehemaligen sozialdemokratischen Lehrern aufgezeigt. In einem Aufruf der Vereinigten spanischen Lehrerfchaft werden die Verdrehen des Faschismus behandelt. Ein weiterer Aufsatz ist der Verwendung des Kinos für die Erziehung gewidmet. Zahlreiche Notizen geben Aufschluß über Schule und Erziehung im Ausland. Die „Neue Erziehung“ erscheint jährlich zehnmal und kostet 15 Kc. Jeder demokratische Lehrer und jedes Eltern-, Orts- und Bezirkschulhaushaltsmitglied soll in ihrem Bestreben sein. Bestellungen bei der Verwaltung der Neuen Erziehung, Auffg, Herrrengasse 8, 8. Stod.

Neue Minderheiten-Organisation. In der dieser Tage in Wien stattgefundenen Präsidialkonferenz der deutschen Minderheiten-Organisationen des Auslandes wurde beschloffen, einen „Deutschen Verband der Auslands-Minderheiten“ mit dem Sitz in Wien zu schaffen. Diese neue Organisation soll ein katholischer Gegenstand zu dem deutschen Auslands-Institut in Stuttgart sein, das von Nationalsozialisten beherrscht wird.

Ein Sudetendeutscher

zweundzwanzig Monate im Konzentrationslager

Unser Karlsbader „Vollstille“ veröffentlichte in der abgelaufenen Woche eine Reihe von Berichten über das Konzentrationslager Saasburg, die neuerdings und in geradezu grauenerregender Weise die vielleicht entsetzliche Schmach unseres Jahrhunderts vor Augen führen. Die Berichte stammen von dem früheren Oberkellner des Hotels „Stadt Leipzig“ in Weipert, Hermann Mann, der — ohne übrigens jemals Sozialdemokrat oder Kommunist gewesen zu sein — völlig unschuldig in die Hände der Gestapo gefallen war und den Menschlichkeit und Wahrheitsliebe antrieben, seine furchtbaren Erlebnisse unseren Karlsbader Freunden zu Protokoll zu geben.

Mann war, ohne es zu wissen, daß es sich um einen Spieß handelte, in Weipert mit einem gewissen Walter K n e r belanntgeworden und der denungierte aus gemeiner Privatrathe den Oberkellner bei den Behörden in Deutschland. Im April 1935 wurde Mann bei einem gelegentlichen Besuche Wärensteins dort beherbergt, zur Gestapo nach Annaberg gebracht und unter der völlig aus der Luft gegriffenen Beschuldigung, daß er der tschechoslowakischen Genbarmerie gegen Entgelt Konfidentendienste geleistet hatte, nach wenigen Tagen ins Konzentrationslager Sachsenburg bei Frankenstein gebracht.

mit Pfeffer und Nimmell, Druckknöpfen und Schuhbändern, Spiben- und Nüppelartikeln von Haus zu Haus. Das ist kein Handel mehr, sondern verkleinerte Vettelei, denn die erzielten Verdienste sind so minimal, daß kaum der Einzelne seinen Lebensunterhalt damit verdienen kann.

Handel und Gewerbe haben durch die von Deutschland eingeführte Rohstoff-Sperre den Todesstoß erhalten. Während ehemals ganze Gruppen über die Grenze kamen, um sich zu verzapfen oder mit billigen Waren einzudecken, hat das heute aufgehört. Die Gaststätten stehen leer, denn die einheimische Bevölkerung kann nichts kaufen. Die Kinder der Gastwirte beziehen Ernährungsarten

In diesem sozialen Elendsgebiet ist die demagogische Heinein-Propaganda auf fruchtbaren Boden gefallen. Die von der Krise zermürbten Menschen haben die gleichnerischen Versprechungen von der „Volksgemeinschaft“ geglaubt und am 19. Mai 1935 haben 85 Prozent der Bevölkerung die Heinein-Partei gewählt. Wäher hatten sie davon keinen Nutzen, eher Schaden!

Wägen die verantwortlichen Funktionäre des Staates und der Öffentlichkeit diesen verzweifeltsten Notkrei fleißiger, arbeitsamer Menschen hören und Hilfe bringen, soweit solche möglich ist. Ihnen das Gefühl der Verlassenheit und der Unsicherheit nehmen heißt, sie dem Gebanen der Demokratie zu gewinnen. Sie sind auf ihre Einde dem Staate fremd geworden. Zurückgenommen werden können sie nur, wenn man für ihre Nöte und Sorgen Verständnis und Hilfsbereitschaft aufbringt. Ihnen beizustehen ist menschliche, soziale und demokratische Pflicht!

Franz K e r n.

Hermann Mann schildert nun die Torturen, denen die etwa 400 Häftlinge dieses Lagers durch die 500 Mann SS, die dort Dienst tun, ausgesetzt sind. Stundenlanges Stehen an einer Mauer bei jedem Wetter, bei jeder Bewegung mit den Köpfen geschlagen, bis die Leute zusammenbrechen. Bei der Arbeit müssen 20 bis 25 Mann einen etwa 80 Zentner schweren Lastwagen im Laufschrift ziehen und dabei singen. Ist ein Kommandant schlechter Laune, müssen die Häftlinge einen ganzen Tag stehen. Hermann Mann wurde infolge eines Unfalles, den er erlitten hatte, als Wademeister des Lagers beschäftigt und wurde auf diese Weise Augenzeuge einer Reihe bestialischer Verbrechen und der raffiniertesten Grausamkeiten. Er erzählt, wie der jüdische Arzt Dr. Kurt W o a s aus Grimmitzsch an Händen und Füßen an einem Prügelbock angeknallt wurde und 25 Stockhiebe erhielt. Stockhiebe sind überhaupt ein ganz alltägliches Strafmittel im Konzentrationslager. Ein anderer Jude, W e i t h e i m aus Meerane in Sachsen, mußte Stundenlang in einer Kiesgrube auf Unterarmen und Kien über den Schotter kriechen und war dann so mit Wunden bedeckt, daß er mit Blutvergiftung weggeschafft werden mußte. Bald darauf kam die Meldung von seinem Tode.

Genosse Jaksch in London

Der Vortrag im britischen Parlament

Aus London wird uns geschrieben: (A. S.) In einer Komiteesitzung des englischen Unterhauses hat Genosse Wenzel Jaksch, der zur Zeit in London weilte, einen Vortrag über die Lage in der Tschechoslowakei und die besondere Situation der Sudetendeutschen gehalten, der in parlamentarischen Kreisen große Beachtung fand. Dem Vortrag wohnten nebst zahlreichen Abgeordneten aller Parteien des Unterhauses auch hervorragende Persönlichkeiten der publizistischen und wissenschaftlichen Welt bei. Der liberale Abgeordnete Geoffrey Mander führte den Vorsitz; Wicham Stead, wohl der angesehenste politische Schriftsteller des Landes, hatte die Aufgabe übernommen, die Ausführungen des Redners zu überleiten.

Abgeordneter Jaksch ging in seinem Vortrag von den ethnologischen Gegebenheiten im zentral-europäischen Raum aus, von der in der Völkervermischung geschaffenen Tatsache der engen Völkervermischung, die ein Zusammenfallen von Völkern und Staatsgrenzen ausschließt. Er streifte die Lösungsversuche der Vorkriegszeit seit dem Aufkommen der „nationalen Frage“ und erwähnte insbesondere, daß das deutsche Volk zur Zeit Seders und Goethes großes Verständnis für die Lebens- und Entwicklungsnotwendigkeiten der jungen Völker des Ostens gehabt habe, ein Verständnis, das aber leider — und verhängnisvoller Weise — seit dem ersten Weltkrieg verloren gegangen sei. Das Jahr 1918 hat diesen Völkern, und insbesondere den Tschechen, die nationale Eigenstaatlichkeit gebracht. Dieser geschichtliche Fortschritt bleibt zu bejahen, wenn er auch z. T. auf Kosten der Besiegten des Weltkrieges gegangen ist und wenn der Einschluß so großer deutscher und magyarischer Minderheiten in die tschechoslowakische Staatlichkeit für den Staat selbst gewiß keinen Idealzustand geschaffen habe. Aber als Vertreter des demokratischen Teiles der deutschen Minderheit müsse er gerechtere Weise erklären, daß — wenigstens auch ungewissheit — die Tschechen Fehler gegenüber den nationalen Minderheiten begangen hätten — es doch nirgends sonst, wo Deutsche als Minderheit leben, weder in Südtirol, noch in Polen, noch auch in Ungarn, eine so liberale Minderheitspolitik gebe, wie in der Tschechoslowakei. Das gerade die Minderheitsfrage in der tschechoslowakischen Republik so sehr in den Vordergrund geschoben wurde, habe nicht sachliche, sondern hauptsächlich politische Gründe.

Jaksch kam dann auf die wirtschaftlichen Verhältnisse im sudetendeutschen Gebiet zu sprechen. Die Sudetendeutschen waren, so führte er aus, wirtschaftlich die Hauptleidtragenden des Zerfalls der österreichischen Monarchie. 47 Prozent der Sudetendeutschen sind in der Industrie beschäftigt, nur etwa 20 Prozent in der Landwirtschaft. Sie sind in besonderem Maße auf Industrieexport angewiesen und der Industrieexport aus der Tschechoslowakei ist in der Nachkriegszeit — erst durch die Industrialisierung der agrarischen Nachbarstaaten, dann durch die Hilfe in den Vereinigten Staaten und England, durch die Weltwirtschaftskrise und die Autarkisierung Deutschlands — katastrophal eingeschumpft. So kommt es, daß von einer Bevölkerung von 8 1/4 Millionen immer noch 200.000 arbeitslos sind. Weltwirtschaftliche Ursachen also waren es vornehmlich, die diesen Zustand hervorgerufen haben. Aber eine geflüsterte Propaganda unter den Sudetendeutschen macht für alles Unglück verantwortlich — ganz ähnlich wie im weimarischen Deutschland für alles Versailler verantwortlich gemacht wurde. Wegen dieser künstlich erzeugten Konflikte wenden sich die deutschen Demokraten. „Ich bin kein professioneller Propagandist“, erklärte Jaksch, „es sind Fehler in der Tschechoslowakei gemacht worden, auf dem Gebiet der öffentlichen Arbeiten z. B. ist eine gewisse Diskriminierung der deutschen Industrie festzustellen; aber wir haben Pressefreiheit, Redefreiheit, ein freies Schulwesen, wir haben das Glück, in einem Reich zu leben. Es ist richtig, daß infolge der ökonomischen Depression Unzufriedenheit unter den Sudetendeutschen besteht — aber daß diese auf einer spontanen Erhebung führt, ist nicht zu erwarten. Ob zu erwarten ist, daß eine solche Erhebung künstlich von außen herbeigeführt wird, darauf will ich in diesem Vortrag, der sich nicht mit der außenpolitischen Situation beschäftigen soll, nicht eingehen. Wir deutschen Demokraten und Aktivisten sehen es als unsere Aufgabe an zu verhindern, daß die Brücken zwischen Deutschen und Tschechen abgebrochen werden. Wir wollen vor der europäischen Öffentlichkeit den Beweis erbringen, daß Deutsche und Tschechen friedlich miteinander leben können.“

Mit drei grundsätzlichen bedeutsamen Feststellungen schloß Jaksch seinen Vortrag: 1. Eine Erschütterung der Existenz des tschechoslowakischen Staates hätte folgenschwere Auswirkungen im ganzen Donauraum und darüber hinaus eine katastrophale Erschütterung des europäischen Gleichgewichts zur Folge. 2. Der Export aus der Tschechoslowakei ist in der Nachkriegszeit um 18 Milliarden Kč auf sieben Milliarden Kč gefallen. Von Deutschland, Österreich, Ungarn ist nicht viel Hilfe zu erwarten. Es ist eine Frage der ökonomischen Solidarität der westlichen Demokratien, ob sich in Zentraleuropa ein demokratisches Staatswesen wirtschaftlich wieder konsolidieren kann. 3. Ein Krieg würde keine

Frage lösen — er würde weder eine wirtschaftliche Besserung, noch eine gerechtere Nationalitätenpolitik herbeiführen. Daher sind die Sudetendeutschen in höchstem Maße am Frieden interessiert. Die jungen Aktivisten im deutschen Gebiet legen darum ihr ganzes politisches Gewicht für die nationale Versöhnung ein, und sie werden darin bestärkt durch die Tatsache, daß die humanistischen Ideen Masaryks in der Jugend des tschechischen Volkes Wurzeln geschlagen haben. Wir deutschen Aktivisten kämpfen für den Sieg der Vernunft. Es muß in dieser Zeit der Kriegesangst und Kriegsgefahr eine Bewegung geben, die den Mut zur Vernunft hat.“

Das außerordentliche Interesse, das dieser Vortrag fand, kam in der Fülle der Fragen zum Ausdruck, die in der Diskussion an den Vortragenden gestellt wurden. Die Fragen betrafen außen- und wirtschaftspolitische Probleme, Details des aktivistischen Programmes und auch die Partei des Herrn Henlein, deren „ungeschriebenes Programm“ die englischen Abgeordneten viel mehr interessierte als ihre vagen öffentlichen Erklärungen; die Diskussion bewies, daß die politisch interessierte englische Öffentlichkeit sich über die wahre Natur dieser Partei trotz der eifrigen Propagandantätigkeit des Herrn Henlein und seiner Abgeordneten keinen Illusionen hingibt. An der Debatte nahmen unter anderen die Abgeordneten Ven Rileh, Pitti, Grenfell, Ellis Smith und W. H. Marshall teil.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Vortrag des Genossen Jaksch viel Verständnis und

Sympathie für die ersten Sorgen und Probleme der Sudetendeutschen in England geweckt hat.

Das Echo in der Presse

Ueber den Vortrag haben auch die meisten großen Londoner Blätter ausführlich berichtet. Der „Daily Herald“ verleiht seinen Bericht mit der Überschrift „Antwort auf die Behauptungen der tschechischen Nazis“.

Der „Daily Telegraph“, der dem britischen Außenministerium nahesteht, schreibt unter dem Titel „Londoner Besuch eines Führers der Deutschen“: „Nach dem kürzlichen Besuch des Herrn Ruzha in London ist Herr Wenzel Jaksch, ein Führer der Deutschen sozialdemokratischen Partei, die eine der drei deutschen Parteien in der tschechoslowakischen Regierung ist, hierhergekommen, um einen Vortrag zu halten. Herr Jaksch sprach in einer Versammlung, die in einem Ausschusszimmer des Unterhauses unter dem Protektorat von Brigadegeneral Spears (konservativer Abgeordneter für Carlisle), Oberst Wedgwood (sozialistischer Abgeordneter für Newcastle) und Herrn Geoffrey Mander (liberaler Abgeordneter für St. Wolverhampton) abgehalten wurde. Er beschrieb die Lage der deutschen Minderheit vom Standpunkt der „aktivistischen“ Gruppe, welche die Zusammenarbeit zwischen Tschechen und Deutschen betreibt.“ Der „Daily Telegraph“, der an gleicher Stelle auch auf die Kritik zu sprechen kommt, die der tschechische Nationalsozialist Doktor Kavan im Budget-Ausschuss an Ruzhas Londoner Rede geübt hat, schließt mit der lakonischen Bemerkung: „Dem kürzlichen Besuch des Herrn Ruzha wird keine übertriebene Bedeutung beigegeben.“



John Bull rüstet den Friedensengel aus

Präsident Dr. Benes nach Brünn. Präsident Dr. Benes wird, wie DND erfährt, am 16. März der mährischen Landeshauptstadt einen Besuch abstatten, um das Ehrendoktorat der tschechischen Technischen Universität in Brünn entgegenzunehmen. An beiden Hochschulen wird der Präsident der Republik je einen wissenschaftlichen Vortrag halten.

Der Präsident der Republik empfing am 20. März den neuen bulgarischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Peter Keflow in Antrittsaudienz. Sodann empfing der Präsident den Landespräsidenten von Mähren-Schlesien Jan Cerny.

Tschechische Sozialdemokraten für Einschränkung des Ermächtigungsgesetzes. Der Klub der tschechischen sozialdemokratischen Abgeordneten hat Freitag eine Sitzung abgehalten, in der auch die Frage des Ermächtigungsgesetzes zur Sprache kam. Nach abgeführter Debatte wurde beschlossen, die Vertreter der Partei in der Regierung mögen eine Einschränkung der Zahl der Verordnungen, welche nach dem Ermächtigungsgesetz ausgeben werden, verlangen und auf der Verhandlung der Vorlage durch das Parlament bestehen. Weiters wurde beschlossen, eine Regelung der Beiträge zur Arbeitslosenunterstützung in der Weise zu fordern, daß auch die Unternehmer etwas dazu beitragen und schließlich es mögen Schritte gegen den politischen Terror bei Aufnahme von Arbeitern in die Betriebe getan werden.

Ein Tatsachenbericht aus den berüchtigsten Konzentrationslagern

„Staatliches Konzentrationslager VII von Al. Heinrichs gebunden KČ 45. — „Dachau“ von Walter Hornung gebunden KČ 54. — Zu beziehen durch die Zentralfstelle für das Bildungswesen Praha XII., Stejská 13.“

Hitler — der deutsche Ford

Berlin. „Bei der Eröffnung der Automobil-ausstellung sprach auch der Reichkanzler über das auf dem Gebiete der Motorisierung in den letzten Jahren Erreichte. Der Kanzler stellte eine Bilanz über das in den letzten vier Jahren Geleistete auf, wobei er erklärte, daß das deutsche Volk Kraftwagenfreunde geworden sei. Vom Jahre 1932 an werde die Finanzierung der deutschen Reichsautobahnen aus den Erträgen des deutschen Autoverkehrs selbst erfolgen. Hitler zählte dann die noch für die Zukunft zu lösenden Aufgaben auf, worunter er als erste die Notwendigkeit hervorhob, die letzten Voraussetzungen für die Produktion eines einheimischen Volkswagen sicherzustellen. Es sei sein unabänderlicher Entschluß, die deutsche Kraftwagenwirtschaft von der Unsicherheit der internationalen Importe unabhängig zu machen und auf solide, sichere eigene Basis zu stellen.“

Es ist, wie man sieht, die Entwicklung des Nationalsozialismus von Moeller van den Bruck zu Ford; das Erwachen einer Nation zur „Kraftwagenfreundlichkeit“; die geschichtliche Sendung eines Automobil-Agenten; nicht Goethe und Wislizenus, sondern Opel und Benz!

Arighi, der Himmelschreiber bekannt durch den Lessing-Mord

Die Blätter berichten jetzt den Namen des rätselhaften Fliegers über Wien: es handelte sich um den Oberleutnant Arighi, der früher in der Gestapo gearbeitet habe. Während des Weltkrieges einer der besten österreichischen Kampfflieger,

hätte er an die Italiener ausgeliefert werden sollen, weil er Spitäler und Rote Kreuz-Stationen rücksichtslos bombardierte. Arighi sei damals nach Südamerika geflohen, wo er ein Abenteuererleben führte. Dann sei er nach Europa zurückgekehrt und in den ungarischen Spionagedienst getreten. Nach dem Hitler-Ansturz trat er in die Dienste der Gestapo und sein Name wurde auch im Zusammenhang mit der Ermordung Professor Lesfings genannt. Arighi war damals Pilot einer Flugzeuggesellschaft, deren Flugzeuge öfter in Marienbad landeten. Arighi flog dann, von den tschechoslowakischen Behörden als Spion verdächtigt, wieder nach Deutschland zurück. Nunmehr sei er Chefpilot einer österreichischen Flugzeugfabrik.

In Kürze:

London. Der Wortlaut des Kronungsbeides, den König Georg VI. im Mai d. J. ablegen wird, wurde am Freitag abends veröffentlicht. Die neue Eidesformel, die nach vorherigen Besprechungen mit den Dominien gebilligt wurde, trägt der verfassungsrechtlichen Stellung der Dominien gemäß dem Statut von Westminster Rechnung. Der Unterschied gegenüber der alten Eidesformel besteht darin, daß diesmal die Dominien förmlich aufgeführt werden.

Rom. (Stefani.) Für das Budgetjahr 1937/38 hat das Marineministerium der Kammer sein Budget mit präliminierten Ausgaben von 1.857.801.000 Lire vorgelegt. Dieser Vorschlag weist gegenüber dem früheren Stand eine Erhöhung um 248 Millionen Lire auf, die durch die Erhöhung der Personalaufwände und Erweiterung der Dienste bewirkt wird.

Vom Himmel hoch...

Eine österreichische Amtszene

Von Walter Grohmann

Personen:
Pomeisel, ein hoher Polizeifunktionär.
Faltischel, ein noch höherer Polizeifunktionär.
Faltischel: Aber was wollens denn, Herr Kollega. Die amtliche Meldung war doch klar genug. Ein schwarzer Doppeldecker, net wahr, der mit Klauenschreit die Buchstaben WSM erzeugt hat und hierauf in der Richtung Freiburg verschwand. Uebrigens gehen wir diesbezüglich mit dem Deutschen Nachrichtenbüro konform.
Pomeisel: Ich sag nig. Nur daß es halt in einer andern Meldung ein weißes Jagdflugzeug war. Und hat keine Buchstaben in die Luft gemalt, sondern unsichere politische Embleme. Und dann ist er mehr in der Richtung Lundenburg verschwunden.
Faltischel: Wo und?
Pomeisel: Und da könnten jetzt nämlich gewisse unbehagbare Elemente einen Widerspruch ernden.
Faltischel: Wieso denn? Es war eben beide Male was anders.
Pomeisel: Entschuldigen schon — wir ham aber ausgesendet, daß es beide Male derselbe war.
Faltischel: Das läßt sich in einer solchen Höhe ohnehin nicht unterscheiden.
Pomeisel: Warum ham wirs dann ausgesendet?
Faltischel: No wegen der Information.
Pomeisel: Wegen was für einer Information, bitte schön?
Faltischel: No vom Deutschen Nachrichtenbüro. Wir sind ja auch hier völlig konform gegangen. Und auf die Deutschen können Ihnen verlassen. Wenn die was sagen, dann stimmt. Oder hat vielleicht der Reichstag nicht gebannt? No schön.

Pomeisel: Ja, ja... Die machen halt alles mit der Organisation. Wenn wir nie lernen. Nie.
Faltischel: Sagens das nicht, Herr Kollega. Schauen zum Beispiel die Vaterländische Front: das is nig wie Organisation! Ganz ohne Leut! Und schließlich war auch die G'schicht mit dem Flugzeug nicht schlecht organisiert. Gleich beim zweiten Male hats geflappert. Da ham's uns sofort vom Wisamberg ang'rufen, daß überm Schotterring ein Flugzeug gesichtet wird, und wir — eins — zwei — noch am selben Vormittag — schon nach Alpen g'schickt, damit dah dorten jemand behüß Verfolgung ausstellen tut. Das is Ihnen gegangen — wie am Schnür!
Pomeisel: Aber dertwisch? Uns ihm nicht.
Faltischel: Dafür hat der Major Weghofer eine Flughöhe von dreitausend Meter erreicht. Eiferst anerkenntenerwert.
Pomeisel (nachdenklich): Der Weghofer? Den kenn ich doch... der war ja früher... und jetzt is er ein betont —
Faltischel (unterbricht vorsichtshalber): Dreitausend Meter, bitte!
Pomeisel: Und da redens allezeit von bodenständig. Sowas... Interessieren ist mich, Herr Kollega, ob der noch ein drittes Mal kommen wird? Wisens, weil nämlich unlängst schon offiziell bekanntgegeben worden is, daß es in Oesterreich gar keine Flugzeuge mit Klauenschritvorrichtung gibt. Und am nächsten Tag hats wieder geheissen, daß es ein Oesterreicher war, der was sich nur im Himmelschreiben hat üben wollen.
Faltischel: No da lassen wir ihn halt üben! Vielleicht dertwisch er sich, und wir ham die Schereze hinter uns.
Pomeisel: Vielleicht dertwisch er sich aber nicht?
Faltischel (energisch): Dann werden die amtlichen Erhebungen um so rascher ans Ziel gelangen. Soll nur ruhig seine unsicheren Embleme himmeln, wir stören ihn nicht. Und wanns vielleicht ein Sakenkreuz wird, so ham wir endlich einen zuverlässigen Anhaltspunkt. Dann wars nämlich klaretweise

eine kommunistische Provokation. Wenn sich aber herausstellen sollte, daß er eine Sowjetkugel hingemalt hat, so is er ja eo ipso ein kommunistischer Mensch. Auf einem jeden einleuchtend.
Pomeisel: Selbstredend.
Faltischel: Was Allegales wars auf jeden Fall.
Pomeisel: Klar. Entweder ein Kommunist oder ein Nazi. Was Andres gibts ja gar net bei uns.
Faltischel: Vardon — wie meinstens demu das?
Pomeisel: Nix. Nur so. Die Leut sein eben unbehagbar.
Faltischel: Dann is gut. Ich hab schon eine Anzahl kriegt, daß Sie vielleicht — (Telephonieren. Faltischel hebt ab) Goldion ein intern. Djehe. — Wie bitte? — Na. — Natwohl, zu dienen. — Natürlich. Auf einem jeden einleuchtend. (Regen den Höer auf.) Alsdann passens auf, Herr Kollega. Man hat sich an kompetenter Stelle bereits entschieden. Der Flieger hat eigentlich ein Kreuzkreuz himmeln wollen, und es war ein Probegandflugzeug von der Vaterländischen Front.
Pomeisel: Sie han ja gleich g'sagt: was Allegales.
Faltischel: Wadens da keine S'pohn und Hilfieren lieber die amtliche Meldung. Aber einwandfrei, daß nicht wieder ein Fallawatsch herauskommt. Also der Himmelschreiber, der in den letzten Tagen mehrfach über dem Bundesgebiet gesichtet wurde, ist also naturgemäß in vollem Einvernehmen mit dem Bundeskanzleramt vorgegangen. Es handelt sich um die Absicht einer Hervorhebung des innigen Zusammenhanges, der zwischen unserer Bundesverfassung und den himmlischen Mächten besteht, was jedem vaterlandstreuen Bundesbewohner auch von allem Anfang an klar war. Für gewisse Methoden, die sich nicht scheuen würden, sogar das Firmament zu politischen Zwecken zu mißbrauchen, ist im christlich-deutschen Oesterreich kein Platz. Die Unentwegten haben sich wieder einmal gekaufcht, und verweisen wir alle diesbezüglichen Gerüchte, wannas es möglich wäre, unsern Bundeshimmel mit volksfremden Emblemen zu verunzieren, lächelnd in das Reich der Fabel.

Sechsjähriges Prozeßmartyrium eines geblendeten Bergarbeiters

Das Opfer eines ärztlichen Mißgriffes kämpft um sein Recht Und die Bürokratie . . .

Prag. — Wir haben über den tragischen Fall des Bergarbeiters Emil Veselý, der am 10. Februar 1931 durch einen furchtbaren ärztlichen Mißgriff im Pilsener Krankenhaus um sein Augenlicht kam, bereits mehrfach eingehend berichtet. Der Unglückliche kam in das Spital, um sich eine geringfügige Handverletzung behandeln zu lassen. Der damals im Pilsener Krankenhaus voluntäre, aus Rumänien stammende Arzt Dr. Sarah Peisach, fiel auf, daß der Patient ein krankes Auge hatte, und ohne ihn lange zu fragen, nahm sie eine Entzündung aus einem Fläschchen vor, das Vorwaiser enthielt. Der Behandelte stieß einen furchtbaren Schmerzschrei aus, worauf ihn die Ärztin barsch wegen seiner „Schlechtigkeit“ tadelte und auch noch das andere Auge in gleicher Art behandelte, während sich der Arme vor Schmerzen wand. Was das Fläschchen eigentlich enthielt, ist nie bekanntgeworden, denn als es die Sicherheitsbehörden beschlagnahmen wollten, war es — bezeichnenderweise — spurlos verschwunden! Es muß eine hochgradig ätzende Flüssigkeit gewesen sein, denn der Unglückliche erblindete in der Folge gänzlich. Die entsetzlichen Qualen, die er durchzumachen hatte, führten zu einem vollkommenen Nervenzusammenbruch und Emil Veselý mußte längere Zeit in der Irrenanstalt verbringen. Er blieb bis zu seinem Lebensende ein Wrack . . .

Die schuldtragende Ärztin wurde wegen Vergehens gegen die Sicherheit des Lebens angeklagt und — freigesprochen! Als dann der Geblendete seine Schadenersatzansprüche anmeldete, zog es die Doktorin vor, in ihre rumänische Heimat zu verschwinden, und da sie kein Vermögen besitzt, waren alle Ansprüche gegen sie praktisch bedeutungslos. Befehl brachte also gleichzeitig eine Klage gegen den Pilsener Spitalfonds ein, aus dem das Krankenhaus dotiert wird. Der Fonds ersuchte die Prager Finanzprokuratur, die das Recht in Prozessen zu vertreten hat und autonome Korporationen vertreten kann, um Vertretung, und diesem Ansuchen wurde bereitwillig nachgekommen. Wir haben bereits seinerzeit geschrieben, in welcher schändlichen Art diese bürokratische Institution den Prozeß geführt und verschleppt hat. Sollte einmal eine Studie über das Thema „Bürokratie und Menschlichkeit“ geschrieben werden, würde dieser Prozeß als übliches Beispiel nicht fehlen dürfen. Mit immer neuen Einwendungen und Anträgen, wurde der Prozeß in die Länge gezogen und durch alle Instanzen, bis schließlich das Oberste Gericht die Klage aus formalen Gründen abweisenden Urteile der unteren Instanzen aufhob und neuerliche Verhandlung anordnete.

Gestern — also mehr als sechs Jahre nach dem tragischen Vorfall — erging durch den Zivilsenat des O. U. Dr. Votruba in dem neu aufgenommenen (von der Finanzprokuratur abermals systematisch verschleppten) Verfahren das Urteil, in welchem die Erschließung des Krankenhauses ausgeschrieben und gleichzeitig über die Höhe der Entschädigung entschieden wurde. Die Erschließung

des Krankenhauses wird damit begründet, daß den Kranken durch seine Vermittlung und unter seiner Obhut die ärztliche Kunst der dort angestellten Ärzte zugutekommen solle, daher müsse ein Spital auch für die Fehler der Ärzte einstehen. Was die Höhe der Entschädigung betrifft, so hatte Veselý in seiner Klage eine Million Kč beansprucht. Das Gericht sprach ihm diesen Betrag nicht zu, sondern berechnete die Entschädigungssumme folgendermaßen. Die geklagte Partei ist verpflichtet, dem Kläger eine Mo-

natsrente von 1200 Kč zu bezahlen, wovon jedoch die Leistungen der Bruderlade in Abzug zu bringen sind. An Schmerzensgeld für die körperlichen Leiden bestimmte das Gericht einen Betrag von nur 10.000 Kč, als Genugtuung für die ausgestandenen seelischen Qualen 150.000 Kč, aber nur 500 K für die Verunstaltung.

Der Vertreter der Finanzprokuratur zeigte sich der bisherigen Taktil dieser humanen Amtsstelle treu und meldete Verurteilung an. Man kann sicher damit rechnen, daß der Prozeß neuerlich bis zum Obersten Gericht getrieben werden wird. Emil Veselý wird sich trotz teilweisen Erfolges mit Gebuld wappnen müssen. Vielleicht wird er den endgültigen Sieg seiner Sache nicht mehr erleben, was wohl so einigermaßen in der edlen Berechnung der Herren von der Finanzprokuratur liegt.



Der neue Kommissar für Danzig

Nach einer Bekanntheit des Völkerbund-Sekretariats wurde der Schweizer Professor Carl Burdhard, Mitglied des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes, für die Dauer von drei Jahren zum Kommissar des Völkerbundes in Danzig ernannt

Tagesneuigkeiten

Verständigung auch mit der deutschen Sprache!

Die erfreuliche Kunde von dem günstigen Ausgang der Verhandlungen in Regierungslager wurde den deutschen Zeitungen in einem Text mitgeteilt, dessen sprachliche Form leider nicht dem national versöhnlichen Inhalt entsprach. Die lobenswerte Absicht, die versöhnungsmäßige Gleichberechtigung aller Nationen in der Administrative wann und wo immer zu praktizieren, wurde uns in einem Deutsch mitgeteilt, das im Pressedepartement des Ministerpräsidentiums anscheinend doch nicht gleichberechtigt mit der Staatsprache ist. Hier täte Verständigung dringend not!

Aber Spaß beiseite — die Emunziationen der Regierung und des Ministerpräsidenten werden durch das erwähnte Amt wirklich in Uebersetzungen an die Öffentlichkeit gebracht, welche dem Zweck der Sache und damit dem Interesse des Staates nicht dienen können. Das war schon so bei der deutschen Uebersetzung der Rundfunkrede des Ministerpräsidenten, die mit sinnstörenden Uebersetzungsfehlern in die Presse kam, das verhielt sich ähnlich bei der Wiedergabe des Interviews Dr. Sodjas mit der „Morning Post“, das ist nun wiederum der Fall bei dem so wichtigen Kommuniqué über die nationalen Verhandlungen. Es stellt schon eine große Nachlässigkeit dar, wenn selbst Paragrafen der Verfassung nicht aus dem deutschen Text der Geses-Sammlung zitiert, sondern neu, aber dafür elend übersezt werden. Das könnte zum mindesten vermieden werden. Es wäre aber gewiß vor allem im Interesse des Staates und seines zweithöchsten Amtes gelegen, wenn in diesem Pressedepartement ein Beamter fände, der die Staatsprache und das Deutsche so gut beherrscht, daß er in stande ist, einen tschechischen Text in gutes und richtiges Deutsch zu übertragen.

Lawine im Salzburgerischen. Auf der Großbühlalm bei der Gemeinde Großarl ging im Ausmaße von 40 Meter Breite und 80 Meter Höhe eine ungeheure Schneelawine nieder, die fünf Staläuter, darunter eine Frau, mit sich riß. Während sich die Männer aus den Schneemassen befreien konnten, wurde die Sportlerin, die 35jährige Angela Stoppener aus Wien, getötet.

Vom eigenen Hause begraben. In der Nähe der ungarischen Gemeinde Aprosovo errichtete sich der Landwirt Stephan Gyö selb ein Wohnhaus und bezog es mit seiner lediggleibigen Familie. Infolge der letzter Regenfälle stürzte das Haus ein und begrub die ganze Familie unter seinen Trümmern. Zwei Töchter im Alter von 12 und 18 Jahren wurden getötet, während die Frau und zwei kleine Kinder schwer verletzt wurden.

Europäische Kultur in China. Neuer meldet, daß in ein Schanghai kino, wo ein sowjetrussischer Film über den Krieg in Abessinien lief, italienische Matrosen und Marinebeamte einstrangen, um die Vorführung zu verhindern. Zwei Russen, die den Film vorführten, wurden verprügelt. Die Demonstranten vernichteten den Projektionsapparat und nahmen den Filmstreifen mit. Der angerichtete Schaden wird auf 20.000 chinesische Dollar beziffert. Hiezu wird weiters berichtet: Während zehn Matrosen vom Kriegsschiff „Lepanto“ in die Projektionskabine einstrangen, manifestierten etwa 50 Matrosen und Offiziere im Zuschauerraum, wobei sie in Hochrufe auf den Duce ausbrachen. Sie demolierten die Sessel, Fenster und Beleuchtung, worauf sie den Saal räumten. Die erwähnten Russen wurden ins Krankenhaus gebracht. Die Angreifer feuerten vor dem Kino mehrere Revolvergeschosse ab und fuhrten sodann in Autos weg.

Türkische Musterdörfer. In den nächsten Monaten werden in der Gegend von Izmir 100 neue Dörfer geschaffen werden, die alle nach ein und demselben, vollkommen gleichen Schema erbaut werden. Die Baukosten werden durch die Serienkonstruktionen ungefähr auf die Hälfte gesenkt. Die Bewohner der 100 neuen Dörfer werden die türkischen Emigranten aus Bulgarien und Rumänien sein, von denen fast jeden Tag mehrere

hundert in der Türkei ankommen. Die 100 Musterdörfer werden alle in der Mitte einen „Platz der Republik“ mit einem Standbild Kemal Atatürks haben, ferner eine Gemeindefabrik, eine Lichtzentrale und eine Traktoren- und Autogarage bei jedem einzelnen Bauerndörfer.

Der Arzt der ägyptischen Mumien. Gleichzeitig mit der Meldung aus Kairo, daß die ägyptische Regierung den Beschluß gefaßt hat, die Mumien der Pharaonen auf ewige Zeiten wieder in einem nationalen Mausoleum beizusetzen, erfährt man in London, daß der bekannte englische Anatom Sir Crafton Elliot Smith, der in der wissenschaftlichen Welt als der „Arzt der ägyptischen Mumien“ bekannt war, gestorben ist. Elliot Smith war der erste, dem es gelang, das Alter der Mumien aus ihrem Skelett zu bestimmen. Im Jahre 1903 hatte er eine Idee, die seinerzeit ungeheure Sensation hervorrief und alle Uebersetzungen gegen ihn alarmierte. Der Gelehrte wollte nämlich die damals aufgefundenen Mumie des Pharaos Tutmosis IV. mit Röntgenstrahlen durchleuchten. Die Röntgentechnik war zu Beginn des Jahrhunderts noch sehr primitiv, und man befürchtete, daß die kostbare Mumie bei einer Durchleuchtung Schaden nehmen könnte, so daß die Direktion des „British Museum“ Elliot Smith ausdrücklich die Durchführung seiner Absicht unterlagte. Er tat es dennoch, und zwar in höchst abenteuerlicher Weise: er besaß einen Wärter und ließ sich mit einem Assistenten nachts im Museum einschließen. Die Platten, die er dann der königlich-medizinischen Akademie vorlegte, waren wissenschaftlich von sehr großem Wert. Elliot Smith hat sich insbesondere auch mit dem „Ruch der Pharaonen“ beschäftigt. Er hat systematisch die Mumien untersucht und ist zu der Uebersetzung gekommen, daß jedesmal, wenn eine Mumie ans Tageslicht geholt wird, Bakterien wieder virulent werden, so daß tatsächlich eine Ansteckungsgefahr mit heute nicht mehr bekannten ansteigenden Krankheiten vorliegt.

Verbotene Präparate. Das Ministerium für öffentliches Gesundheitswesen verbietet aus gesundheitspolizeilichen Gründen die Erzeugung und den allgemeinen Verkauf des Präparates Dr. Drozeds Chemonar gegen Krampfadern, weiters den allgemeinen Verkauf der Erzeugnisse Dr. Leizers Neopa 0.7 gegen geschlechtliche Schwäche und Eunozar gegen Rheuma und Njiasis. Diese Präparate werden auf unzulässige Weise in der Tagespresse vom Savello-chemischen Laboratorium in Prag XI, Tomsova 17/B, inseriert; ihr Verkauf wird vom erwähnten Ministerium nicht gestattet, zumal da ihre Zusammensetzung nicht bekannt ist. Uebrigens sind die Verkaufspreise von 35, 42, 50, 60, 80, 98, 105 und 260 Kč offensichtlich übertrieben. Hieron werden alle Apotheker verhängt.

Das große Los Numers 000.000. Bei der diesmaligen Ziehung der Staatslotterie in Jowa ereignete sich der ungewöhnlich seltene Zufall, daß der Hauptgewinn auf ein Los ohne Nummer fiel. Sämtliche Näher zeigten für alle 6 Stellen der gewinnenden Losnummer die Null. Dieser Fall war nicht vorhergesehen, obwohl die Presse sofort nach dem Bekanntwerden des Zwischensalles darauf hinwies, daß diese Wahrscheinlichkeit ebenfougt bestehe, wie etwa für

das Los 99.999. Dagegen ist tatsächlich nichts zu sagen, und es handelt sich also um ein strafliches Verschmämmis der Lotteriedirektion. Die ganze Ziehung mußte darum, trotz der wütenden Proteste der anderen Gewinner, die es lieber gesehen hätten, wenn die Lotterie dieses Mal den Hauptgewinn überhaupt nicht ausbezahlt hätte, für ungültig erklärt werden. Vermutlich wird dieser Vorfall in Jowa die Aufmerksamkeit aller Lotterien der Welt auf sich lenken, denn unseres Wissens gab es bisher noch nirgendwo ein gültiges Los, dessen sämtliche Nummernziffern aus Nullen bestanden.

Die Suche nach dem australischen Vertehrungsflugzeug, das seit Freitag auf der Strecke zwischen Brisbane und Sidney mit sieben Personen an Bord vermißt wird, ist völlig ergebnislos verlaufen. In Sidney wird vermutet, daß das Vertehrungsflugzeug etwa 20 Kilometer von Sidney entfernt in einen Cyclon geraten und ins Meer gestürzt ist.

Warum heißt es: Rotes Meer? Eine Anzahl ägyptischer Wissenschaft hat in den letzten Jahren alles Material gesammelt, um zu erfahren, weshalb man das Rote Meer eben Rotes Meer nennt. Man ist auf eine alte Sprachwurzel hamitisch gestoßen, diese bedeutet eigentlich „Meer der Ochsenhinsen“. Diese Pflanze wächst nämlich reichlich an den Ufern des Roten Meeres und gibt mitunter dem Wasser eine rote Farbe. Andere Wissenschaftler versichern, daß der Name von der Hautfarbe der Menschen genommen wurde, die an den Gestaden des Roten Meeres lebten und mehr rot als schwarz waren.

Der Bart im Schutzumschlag. Kürzlich hat der berühmte Parikist in Japan seine Sitzung abgehalten. Der Bart soll wieder in Mode kommen in Japan, man gibt ihm große Chancen: die Mitgliederzahl des Klubs ist in den letzten drei Jahren ungewöhnlich angestiegen. Präsident jenes Klubs ist immer noch der alte Kato, der mit seinen 72 Jahren einen Bart von einem Meter Länge hat. Als er zur Sitzung des Pariklubs nach Tokio reiste, fanden sich auf jeder Station zahlreiche Menschen ein, die Kato zu sehen wünschten — weniger wegen seines ehrwürdigen Aussehens, weniger wegen seines langen Bartes, als vielmehr wegen jenes Veutels, den er sich seit einem Jahr um den Hals hängt, und in den er sorgfältig seinen Bart hineinlegt, damit diesem nichts Böses geschehe.

Wahrscheinliches Wetter Sonntag: Veränderlich, stellenweise Schauer, mäßig kühl, in den Niederungen jedoch tagüber leichtes Tauwetter, frischer Nordwestwind. — Wetterausichten für Montag: Weitere Abkühlung, namentlich auf den Bergen noch verschiedentlich Schauer.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen:

Montag

Prag, Sender 1: 7.00: Morgenmusik. 11.35: Besondere Sendung auf Schallplatten. 12.10: Lieder aus Tonfilmen. 12.35: Orchesterkonzert KLM. 17.35: Klavierkonzert. 18.10: Deutsche Sendung; Dr. Simon: Der Augenblick in den Reifejahren. 18.20: Lieder von Rudolf Kende. 18.30: Dr. Libora: Sportphotographie im Winter. 18.45: Deutsche Presse. 21.00: Tschechische Lieder. 21.25: Jifa: Geigenquartett. 22.20: Tanzmusik. 22.40: Deutsche Nachrichten. — Prag, Sender 11: 14.20: Deutsche Sendung: Ein Buch, wie die Jungen heute lesen wollen. Dialog. 14.35: Nürnberg-Zühling: Lautenlied von Franz Weckelnd. 14.50: Deutsche Presse. 18.10: Musik. — Brünn: 17.40: Deutsche Sendung: Ing. Krichner: Von neuzeitlichen Kaufhäusern. 19.10: Französisch-Kurs. 21.00: Volkslieder aus Mähren. — Pilsener: 16.35: Militärmarsche. 21.00: Rundfunkorchestertoncert. 22.35: Tanzmusik. — Katschau: 12.05: Schallplattenkonzert. — Währ. Strau: 15.00: Rundfunkorchestertoncert: 18.10: Deutsche Sendung: Arbeiterfunk: Norwegen: Urlaub der Arbeiter und Angestellten.

Dienstag

Prag, Sender 1: 10.05: Deutsche Presse. 10.15: Deutsche Sendung: Für die Frau. 10.30: Prager Musikant. 11.05: Rundfunk für deutsche Schulen. 12.10: Schallplatten. 12.35: Populäres Konzert. 16.10: Orchester KLM. 17.30: Dvofak: Geigenkonzert. 18.10: Deutsche Sendung: Webereiter der Seilmühl. 18.45: Deutsche Presse. 18.55: Deutscher Kulturbericht. 21.00: Rundfunkorchestertoncert. — Prag, Sender 11: 14.15: Deutsche Sendung: Frau: Michelangelo als Dichter. 14.30: Kompositionen von Schubert. 14.50: Deutsche Presse. 18.00: Gesangsconcert. — Brünn: 17.40: Deutsche Sendung: Arbeiterfunk: Sozialinformationen, Jurda: Sanierung der Bruderladen. — Pilsener: 19.10: Slowakische Lieder. 22.35: Tanzmusik. — Katschau: 11.05: Opernbroschüre auf Schallplatten. 12.05: Operettenauszüge. 15.00: Rundfunkorchestertoncert. — Währ. Strau: 17.30: Klavierkonzert: Joh. Seb. Bach.



Aus der „befreiten“ Stadt Malaga

Ihrer Habgierigkeiten beraubt, harren „befreite“ Spanier in einer Kirche des ungewissen Schicksals . . .

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Wer verhindert die Verbindlichkeitserklärungen der Kollektivverträge in der Textilindustrie?

Die ununterbrochenen Klagen über die Länge Dauer des amtlichen Verfahrens in den Fragen der Verbindlichkeitserklärungen der Kollektivverträge für die Textilindustrie haben wiederholt dazu geführt, daß vor allem die Kontrahenten der abgeschlossenen Kollektivverträge Schritte unternahmen, um die beantragte Verbindlichkeit zu beschleunigen. Die Union der Textilarbeiter, die fast überall maßgebender Kontrahent der Verträge ist, hat auch durch organisatorische Maßnahmen und Interventionen in vielen Fällen erreicht, daß Schwierigkeiten und Hindernisse beseitigt wurden. In der Öffentlichkeit kennt man im allgemeinen die Ursachen, die solche Verzögerungen herbeiführen, nicht. Die Schuld wird in den meisten Fällen den zuständigen Ministerien unterschoben. Wenn wir aus selbst der Meinung sind, daß manches im Verfahren schneller gehen könnte, so haben wir doch schon oft festgestellt, daß insbesondere das Ministerium für soziale Fürsorge im allgemeinen versucht hat, so rasch als möglich zu arbeiten und daß gerade dieses Ministerium sehr gute Sachbearbeiter dieser schwierigen Frage besitzt. Ein wenig anders verhält es sich bei der Erledigung der Anträge um die Verbindlichkeit im Handelsministerium, weil hier Kreise zu Worte kommen, die sehr oft der beantragten Verbindlichkeit oder Ausdehnung eines Kollektivvertrages feindlich gegenüberstehen.

Die größten Hindernisse jedoch bereiten den Verbindlichkeitserklärungen die vertragshesuen Unternehmer, die gerade jetzt mit Protesten gegen das Ministerium überhäuft und mit allen Mitteln versuchen, diese wichtigen wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen, die zur Befriedung in der Textilindustrie beitragen sollen, zu verhindern.

Ein geradezu krasser Fall auf diesem Gebiete ist das Verfahren über die Verbindlichkeit des Kollektivvertrages für den Gerichtsbezirk Warnsdorf. Im Einvernehmen mit dem Deutschen Hauptverband der Industrie haben die Vertragsorganisationen die Allgemeinverbindlichkeit dieses Vertrages bei den zuständigen Ministerien angemeldet. Das Ministerium hat, rasch arbeitend, auch sofort das in der Verordnung vorgeschriebene Verfahren eingeleitet und den Vertrag bei den Bezirksbehörden mit dem Hinweis öffentlich aufgelegt, daß ebenfalls nach dem Wesen in einer bestimmten Zeit Einwendungen gegen die Verbindlichkeit erhoben werden können. Dieses Recht auf Einwendungen hat sich ein beträchtlicher Teil kleinerer Firmen im Warnsdorfer Gebiet und im Kreisgebiet anzuhe gemacht, um unter den verschiedenen Vorwänden durch Kollektiv- und Einzel-eingaben bei den zuständigen Ministerien gegen die Allgemeinverbindlichkeit zu protestieren. Das Ministerium selbst ist beruflich, die Einwände genau zu überprüfen und so haben diese vertraulichen Unternehmer jetzt schon erreicht, daß die Verbindlichkeit des Warnsdorfer Vertrages nicht so schnell ausgedrungen werden wird, als dies im Interesse der gesamten Industrie und auch der Arbeiterschaft notwendig wäre.

Von allgemeinem Interesse dürfte es wohl sein, einzelne Punkte der Begründung dieser Protestschreiben kennen zu lernen:

„Im Warnsdorfer Gerichtsbezirk sind in der Nachkriegszeit circa 60 Prozent der bis zum Umsturz voll arbeitenden, verschiedenartigsten Textilbetriebe, vollkommen oder teilweise einstellt worden. Die Hauptursache dieser Entlassungen ist darin zu erblicken, daß die Löhne des Warnsdorfer Gerichtbezirk infolge des Anwachses seitens der Arbeiterschaft durch Generalstreiks, Teilstreiks etc. so hoch hinaufgetrieben wurden, daß die Warnsdorfer Industrie die höchsten Löhne im ganzen Staatsgebiete zahlen mußte. Die Folge dieser hohen Löhne war, daß die Warnsdorfer Textilindustrie ihre Kalkulation nicht mehr decken konnte und teilweise freiwillig vor einem einseitigen Aufkommenbrüche, teilweise bereits nach erfolgtem wirtschaftlichen Zusammenbrüche, ihre Betriebe reduzieren, resp. ganz einstellen mußte.“

Und dann geht es weiter:
„Daß die jetzigen Löhne, die zur Zeit auch von den kleineren Betrieben des Gerichtsbezirks Warnsdorf gezahlt werden, für den normalen Lebenserhalt der Arbeiterschaft ausreichen, ist leicht nachzuweisen.“

Wir glauben, daß diese Probe reicht. Niemand wird glauben, daß es den Beschäftigten nicht möglich ist, ihre Arbeiter anständig zu entlohnen, wenn man weiß, daß der Antrag auf Verbindlichkeit nicht nur von den Arbeiterorganisationen, sondern auch von dem größten Teil der Textilindustrie im Warnsdorfer Gebiet gestellt worden ist, der mehr als 70 Prozent der Arbeiterschaft beschäftigt.

Am ärgsten wittern gegen die Verbindlichkeit des Warnsdorfer Vertrages die Industriellen aus A r e i b, die kein Recht haben, sich auf andere Gebiete zu berufen, weil gerade im Kreisgebiet schon seit Jahren außerordentlich niedrige Löhne bezahlt werden. Die Kreisliche Textilindustrie, die vielleicht in ihrer Struktur etwas anders gearret sein mag als das Gros im engeren Warnsdorfer Gebiet, hat während der vergangenen Jahre Zeit und Gelegenheit gehabt, mit den Gewerkschaftsorganisationen einen ordent-

lichen Vertrag für ihre Arbeiterschaft abzuschließen. Dazu haben allerdings die Kreisliche Industrie nicht den geringsten Versuch unternommen und sie haben deshalb jetzt kein Recht, sich darauf zu berufen, daß sie mit ihrer Arbeiterschaft, bzw. den Gewerkschaften die Löhne schon immer im Einvernehmen festgesetzt haben.

Die Union der Textilarbeiter wird sicherlich bereit sein, für die Kreisliche Industrie und auch für die Firmen in Warnsdorf, welche nicht Vertragskontrahenten sind, neue Verträge abzuschließen, wenn es sein muß, auch auf der Grundlage der österreichischen Vereinbarungen. Die Arbeiter würden auch in diesem Falle nur Lohnrückstellungen erreichen. Die Firmen, welche Protest erhoben haben, tun dies aber nicht, um ihrer Arbeiterschaft vertraglich gesicherte Lohn- und Arbeitsbedingungen zu geben, sondern ausschließlich, um selbst weiter vertragslos bleiben

SdP gegen die Konsumenten

Was ein vertrauliches Rundschreiben verrät: Die SdP im Kampf gegen die Selbsthilfeorganisation von hunderttausenden deutschen Verbrauchern

Maßgebende Funktionäre der Organisation der Händler verkünden gelegentlich, daß sie „eigentlich nicht gegen die Konsumvereine“ eingestellt seien, sondern daß sie lediglich eine „Gleichstellung der Wettbewerbsvoraussetzungen“ wünschen. Die Praxis erweist, daß es vornehmlich Händlerkreise sind, welche alles aufbieten, um grundsätzlich die Entwicklung der Konsumgenossenschaften zu hindern. Um diese ihre Absicht zu erreichen, suchen sie jede ihnen nur halbwegs erreichbare Einrichtung dafür zu gewinnen. So konnten es die Konsumgenossenschaften erleben, daß beispielsweise dem Wettbewerbskampf zwischen Konsumgenossenschaften und Einzelhändlern sachlich vollkommen fernstehende Berufsgruppen und Organisationen dafür gewonnen wurden, sich von engen Händlerinteressen mißbrauchen zu lassen. Im Kampfe gegen die Selbsthilfegenossenschaften der Verbraucher ist den Einzelhändlern jeder Bundesgenosse recht. Sie haben z. B. nicht die geringsten Skrupel, die Neuherungen tschechisch-tschechischer Wäiter, die von jedem anständigen Tschechen wegen der Niedrigkeit ihrer Gesinnung gemieden werden, in deutsche Redaktionen zu lancieren, wenn sie nur eine Verbindung erfüllen: Gegen die Konsumgenossenschaften zu haben.

Jetzt ist es den Händlern offenbar gelungen, die Führung der Sudetendeutschen Partei für ihre einseitigen Interessen einzuspannen.

Wir drücken im folgenden ein vertrauliches Rundschreiben des Arbeitsamtes der Sudetendeutschen Partei vollinhaltlich ab:

Arbeitsamt der Sudetendeutschen Partei, Prag II., Söberrist 4.

Abteilung Wirtschaftspolitik. Prag, am 8. Feber 1937.

Abwehr gegen Konsumvereine

Werte Kamerad! Vertraulich!

Die Erkenntnis, daß Handel und Gewerbe unter dem Druck der vom Finanzkapital gehaltenen Einheitspreisgeschäfte auf der einen und der aus politischen Gründen bevorzugten Konsumvereine auf der anderen Seite zu Grunde gerichtet werden, legt der SdP die Verpflichtung auf, sich hinter Handel und Gewerbe zu stellen und ihnen politische Hilfe in ihrem Existenzkampfe zu leisten.

Die Konsumvereine haben einen Dreijahresplan verfaßt und die Kaufmannschaft muß die Abwehr organisieren. Wir sind uns dessen bewußt, daß ein Erfolg ohne feste Organisation und ohne Einfluß der Volksgemeinschaft nicht zu erzielen ist. Als erstes wollen wir die Organisation schaffen.

Im Einvernehmen mit der Zentralstelle für Handel und Gewerbe ersuchen wir Sie, uns bis zum

Ernennungen und Beförderungen auf den Staatsbahnen

Wir entnehmen dem „Eisenbahner“:

Die Verhandlungen des Zentral-Vertrauensmänner-Ausschusses mit den Vertretern des Eisenbahnministeriums in der Frage der Ernennung und Beförderung zum 1. Jänner-Termin haben einen Erfolg gezeigt. Ursprünglich war zum Jänner-Termin die Ernennung und Beförderung von 1800 Bediensteten vorgesehen. Gegen diesen Vorschlag nahmen die Vertreter des Vertrauensmänner-Ausschusses entschiedene Stellung. Während der weiteren Verhandlungen wurde die Zahl der Ernennungen und Beförderungen vom Eisenbahnministerium auf 2098 erhöht. Auch dieser Vorschlag wurde von den Vertretern des Personals noch als unzureichend bezeichnet. Wes Personals noch als unzureichend bezeichnet. Wes Organisationsvertretern wurde nun eine direkte Verhandlung mit dem Eisenbahnminister durchgeführt. Bei diesen Verhandlungen ist es gelungen, die Anträge des Eisenbahnministeriums weiter zu

zu können und dadurch unberechtigte Sonder- Vorteile weiter beizubehalten.

In diesem Zusammenhang ist es interessant, festzustellen, daß die Sudetendeutsche Partei in der letzten Zeit versucht, aus der Tatsache, daß die Verbindlichkeitserklärungen so schleppend vor sich gehen, politisches Kapital zu schlagen, indem sie eine Interpellation im Parlament durch den Herrn Abg. Bollner einbringen ließ. Die Demagogie, die darin liegt, muß doch aufgezeigt werden, weil sie geeignet ist, den Arbeitern und der Öffentlichkeit ein falsches Bild zu geben. Die Unternehmer in Warnsdorf und im Kreisgebiet, welche die Verbindlichkeit protestieren und Einspruch erheben, sind zu einem nicht unbeträchtlichen Teil auch Stammm Mitglieder der Sudetendeutschen Partei.

Wenn also die SdP wirklich einmal etwas für die Textilarbeiter tun will, dann soll sie nicht nur im Parlament interpellieren, sondern ihre Kameraden Unternehmer und Standesgenossen zur Aktion bringen.

Die Union der Textilarbeiter und die Vertragsgewerkschaften werden selbstverständlich ohne Rücksicht den Standpunkt der Arbeiterschaft in der Textilindustrie so wie bisher vertreten und alles daransetzen, damit diese bedeutungsvolle Frage im Interesse der Warnsdorfer Textilarbeiter so rasch als möglich gelöst wird.

20. Feber I. Z. für Ihren Bezirk zwei Kameraden zu nennen, die

1. Kaufleute in der Lebensmittelbranche sind;
 2. im zuständigen Handelsgremium einen entsprechenden Einfluß besitzen und von denen mindestens ein Mitglied des Gremiumsvorstandes ist;
 3. eine Vertrauensstellung in der Kaufmannschaft einnehmen, so daß sie in der Lage sind, mit Erfolg auf Grund von späteren Weisungen eine aktionsfähige Verbindung mit Ihren Kollegen herzustellen und dieselbe den Kampf zu führen.
- Eine Voraussetzung, daß diese Absichten zum Ziele führen ist,

daß alle Vorbereitungsarbeiten zunächst vertraulich bleiben und Kameraden von Ihnen im Einvernehmen mit dem Bezirkslandesvertreter für Handel und Gewerbe vorgelegt werden, die befähigt und gewillt sind, bei einem gesamtstaatlichen Abwehrekampfe gegen die Vernichtung des Handels mitzuwirken.

Für die Hauptstelle Mit deutschem Grusse: der Sudetendeutschen Partei: (Unterschrift A. Dietl. Ing. Pefschka. unleserlich.)

Es geht den Händlern also darum, mit Hilfe der Sudetendeutschen Partei die Aufwärtsentwicklung der Konsumgenossenschaften zu unterbinden. Es soll ihnen nicht gelingen!

Die Aktion, die da offenbar sehr gründlich vorbereitet wird, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt. Man braucht nur daran zu denken, daß sich die Mitgliedschaft der deutschen Konsumvereine aus den verschiedensten politischen Lagern zusammensetzt. Wie werden sich vor allen Dingen jene Funktionäre und Leiter von deutschen Konsumgenossenschaften zu dem Rundschreiben der SdP stellen, die gleichzeitig in dieser Partei Mitglied sind?

Das Rundschreiben der Sudetendeutschen Partei spricht von dem Dreijahresplan der Konsumgenossenschaften, und gegen ihn soll die Abwehr (spricht der Kampf) organisiert werden. Wie bekannt, bildet ein Hauptstück dieses Dreijahresplanes die Weiterentwicklung der genossenschaftlichen Schuhfabrik der deutschen Konsumgenossenschaften in Wöhrn. Kammit. Jeder Kampf gegen den Dreijahresplan der deutschen Konsumgenossenschaften ist in dieser Hinsicht gleichbedeutend mit einer Förderung der Schubezeugung im tschechischen Gebiet, in Ähn. Und dafür gedenkt man zu wirken?

Wir fordern alle Verbraucher auf, die Dinge trachen Auge zu verfolgen und der verbrauchers feindlichen Aktion in allen Orten mit geeigneten Mitteln entgegenzuwirken.

verbessern. Insgesamt sollen zum Termin am 1. Jänner 5308 Bedienstete ernannt und befördert werden. Die Herausgabe des Ernennungserlasses steht unmittelbar bevor.

Arbeitskämpfe im Jänner. Laut Mitteilung des Statistischen Staatsamtes gab es im Jänner 1937 in 21 (im Dezember 49) Betrieben 15 (18) Streiks, davon 11 (13) Einzelstreiks und 4 (5) Gruppenstreiks. In den betroffenen Betrieben waren 1125 (9905) Arbeitnehmer. Insgesamt betrug der Verlust an Arbeitszeit bei den Streiks 12.253 (11.859) Arbeitstage und der Lohnverlust 202.788 (282.470) Kč. Nach Gewerbeständen entfielen neun Streiks auf die Holzindustrie (8110 verkäufte Arbeitstage), je zwei Streiks auf die Metallindustrie (4856) und die Baugewerbe (894), je ein Streik auf das Bergwesen (89) und auf die Textilindustrie (0). Hinsichtlich der Forderungen wurde bei einem Streik die Nichtkürzung der Löhne verlangt (69



Togal
hilft rasch bei Schmerzen in den Gelenken und Gliedern, Kopfschmerzen und bei Erkältungen. Haben Sie Vertrauen zu Togal. Ein Versuch überzeugt. Viele Arztzeugnisse. In allen Apotheken ert. Hlt. K.12-u.27-58.

verkäufte Arbeitstage), bei sechs Streiks eine Lohnrückzahlung (11.461), bei einem Streik waren sonstige Lohnforderungen (1), bei zwei Streiks Nichtentlassung von Arbeitnehmern (320) und bei vier Streiks der Kollektivvertrag (1378) der Anlaß. Das Ergebnis war für die Arbeitnehmer in zwei Fällen ein voller Erfolg (75 verkäufte Arbeitstage), in fünf Fällen ein Teilerfolg (10.759), in zwei Fällen ein Mißerfolg (82) und in sechs Fällen ist das Ergebnis bisher nicht bekannt. (2313). Nach Ländern entfielen auf Böhmen sieben Streiks (5989 verkäufte Arbeitstage), auf Mähren und Schlesien ein Streik (0), auf die Slowakei fünf Streiks (194) und auf Karpathoruthland zwei Streiks (706). Ausprägungen gab es im Jänner nicht.

Exportwerbung in England. In der Londoner Handelskammer hielt unter großer Teilnahme aus Wirtschafts- und politischen Kreisen der Direktor des Exportinstituts in Prag Dr. Kofe über die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Tschechoslowakei und Großbritannien einen Vortrag. Er besprach die Entwicklung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen und betonte, daß die Tschechoslowakei für England ein besonderes Interesse nicht nur durch ihre politische und wirtschaftliche Stabilität, sondern auch als bedeutsamer Faktor der kleinen Entente und Mitteleuropas habe. Nach dem Vortrag wurde der neue Paramount-Film über die Tschechoslowakei und ein Film der Prager Mustermesse vorgeführt.

Die Zeitschrift „Welt“ muß aus technischen Gründen in der heutigen Ausgabe ausfallen.

Ausland

Hitlers Weim-Justiz. Das Echo, das die zahllosen Terrorakte, Morde und Missetaten, die Herr Hitler in seiner Vierjahresbilanz zu erwahnen sorglich vermeiden hat, in der gesamten kulturellen Welt gefunden haben, hat die Nachhader des Dritten Reiches veranlaßt, andere Methoden einzuschlagen. Man sieht von öffentlichen Prozessen ab. So wurde in den Morgenstunden des 15. Feber der Metallarbeiter Johannes Eggert in Berlin-Bichenze hingerichtet. Wer war Johannes Eggert und worin bestand seine Schuld? Eggert wurde in geheimer Verhandlung am 25. August vorigen Jahres wegen angeblicher Vorbereitung eines hochverrätherischen Unternehmens zum Tode verurteilt. Dabei hatte Johannes Eggert, ein Mann von 39 Jahren als Kriegsvollweiser sein Leben für die Heimat eingesetzt und war für seine Tapferkeit mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet worden. Seinen Arbeitskollegen ein guter Freund, seinen politischen Kameraden ein vorbildliches Beispiel, so arbeitete Eggert im Sinne seiner Lieberzeugung. Er hielt zu dieser Lieberzeugung auch nach dem Machtantritt Hitlers. Das genügte, um ihn unter das Veil des Senfers zu bringen. Nicht anders erging es den Opfern des sogenannten Richardstrafen-Prozess. Obwohl in einer Jugendvernehmung, die die Union für Recht und Freiheit in Prag veranstaltete, die Sachlosigkeit der Beschuldigungen, die in diesem Prozeß erhoben wurden, festgestellt werden konnte und obwohl das Gericht selbst die Aussagen der Verlastungszeugen als nicht hinreichend glaubwürdig entwertete mußte, wurden die Arbeiter Bruno Sárder, Helmut Schweers, Bruno Wiant, Walter Schulz und Paul Zimmermann zum Tode verurteilt. Die eingeleitete Revision wurde verworfen und es ist zu befürchten, daß diese schuldlosen und aufrechten Männer, ebenso wie zwei andere Antifaschisten, Richard S o l z e r und Hermann S a f e e l, die gleichfalls in den Todeszellen sitzen, nicht mehr lange unter den Lebenden sein werden. Mit Johannes Eggert zusammen wurde ein 23jähriger Arbeiter Friedrich M ä c k e r aus Neungerodorf wegen angeblichem Landesverrat hingerichtet. Auch über seine wirkliche Schuld konnte die Öffentlichkeit nichts erfahren. Beschuldigung, Beweis- erhebung und Verhandlungsergebnis werden geheim gehalten.

Die Franco-Truppen haben Autowach erhalten: Den kriminellen Häftlingen wird die Strafe erlassen, wenn sie sich bei Franco freiwillig melden. Neben den Maroffanern und den Negern aus Fernando Po sind also jetzt auch Sträflinge die Bundesgenossen der deutschen „Fretwilligen“.

Die Maginot-Linie soll nunmehr endgültig bis zur schweizerischen Grenze verlängert werden. Die Forts vom Elah bis zum Jura werden 200 Millionen Francs kosten und sich auf ein Gebiet von 85 Kilometern erstrecken. Dabei galt es, das Gebiet um Sünigen zu umgeben, das nach einem alten Vertrag mit der Schweiz in einem Umkreis von zwölf Kilometern unbefestigt bleiben muß. Die Forts werden sich auf sieben eisäßische Dörfer verteilen. Die Maginot-Linie soll eine Tiefe von etwa zehn Kilometern erhalten.

Prager Zeitung

Der Besizer der „Times“ in Prag, Samstag in Prag der englische Journalist Direktor und Besizer der „Times“, Mr. John Walter, ein Direktor John Walter, der ein Unfessel des Gründers des Blattes ist, wird im Hofsaal der Philosophischen Fakultät am Smolenovo nam. für die Mitglieder und Gäste der Britischen Gesellschaft in der Tschechoslowakei und des Prager Englischen Klubs über die Geschichte der „Times“ sprechen.

Prager Investitionskommission. In diesen Tagen fand in der Volkswirtschaftlichen Abteilung des Ministerratspräsidentiums eine weitere Sitzung der Prager Investitionskommission statt. Zwischen den Vertretern der Staatsverwaltung und den Vertretern der Prager Gemeinde wurde ein Einverständnis über den Laich von städtischen und Gemeindegutstücken auf dem Gebiete von Groß-Prag erzielt. Eine zweckmäßige Lösung dieser komplizierten Frage ist die Hauptvoraussetzung für eine rasche Entscheidung über eine Reihe großer Investitionsarbeiten. Bisher war das langsame Vorgehen beim Kaufe und Kaufe von Grundstücken die Hauptursache der Verzögerung in der Durchführung vieler öffentlicher Investitionsbauten. Weiter sollte die Kommission die systematische Vorbereitung der Investitionsprogramme fort, von denen insbesondere die Regalierung von neuen Zinssätzen oberhalb Prags zu erwähnen ist. Es wurde die Beschleunigung des wasserrechtlichen Verfahrens für das vorbereitete Projekt des neuen Zinnschneiders und der ganzen wasserwirtschaftlichen Regalierung bei Troja vereinbart. Ferner wurde an die Frage der Neuregulierung des Namecht Republik geschritten.

Karl Holzeggers Orientland-Ausstellung wurde Donnerstag im Kunstverein für Vöhrnen (Prag II, Hřtřofkova 12) eröffnet. Gleich am Eröffnungstage konnte der Verkauf eines Gemäldes (Nat. Nr. 9) erzielt werden. Die Ausstellung ist täglich von 9 bis 6 Uhr geöffnet.

Theodor Lessings Bäckerei der Prager jüdischen Kultusgemeinde. Die Witwe nach Theodor Lessing, Frau Ada Lessing, hat die Bibliothek ihres Gatten der Prager jüdischen Kultusgemeinde für Bibliothekszwecke geschenkt. Die Bäckerei stellt einen Wert von mehreren Millionen Kč dar. (DND)

500 Studentenvorstellungen. Samstag vormittags wurde im Foyer des Nationaltheaters die Ausstellung von 500 Theaterplakaten der Studentenvorstellungen NSČV im Nationaltheater eröffnet, die eine Uebersicht der aufgeführten Oepn und Schauspielwerke seit Beginn dieser Studentenvorstellungen vom Jahre 1894 bis 1937 gibt.

Gerichtssaal

Der Prozeß des verstorbenen Schriftstellers Karl Kraus gegen den „Sozialdemokrat“

Unsern Lesern ist wohl noch der langwierige Prozeß in Erinnerung, welchen der seitler verstorbenen Wiener Schriftsteller Karl Kraus gegen unsere damaligen verantwortlichen Redakteur, Gesellen Dr. Strauß, wegen des Artikels „Die Fackel als falschheitliche Obsidient“, anhängig gemacht hat, der im „Sozialdemokrat“ vom 10. August 1934 erschienen war. Nach fast zweijähriger Prozedur wurde Genosse Dr. Strauß am 15. April 1936 vom Prager Straf-Amtsgericht freigesprochen und Karl Kraus zum Kostenerheber verurteilt. Gegen dieses Urteil überreichte Karl Kraus die Nichtigkeitsbeschwerde an das Oebersie Gericht. Bald nach Ueberreichung der Nichtigkeitsbeschwerde ist Karl Kraus gestorben. Sein Bruder, Kommerzialrat Josef Kraus, Wien, überreichte bei Gericht eine Erklärung, wonach er gemäß § 15 des Ehrenhaftgesetzes die Verfolgung aufrecht erhielt.

Nunmehr ist die Entscheidung des Obersten Gerichtes über die vom Anwalte Karl Kraus überreichte Nichtigkeitsbeschwerde herabgelangt. Die Nichtigkeitsbeschwerde wurde vom Obersten Gerichte verworfen, das freisprechende Urteil des Straf-Amtsgerichtes in Prag vom 15. April 1936 wurde bestätigt und der Bruder des Schriftstellers Karl Kraus, Kommerzialrat Josef Kraus in Wien, wurde zum Erfahre der gesamten Kosten des Verfahrens in erster und zweiter Instanz verurteilt.

Damit wurde ein Prozeß, der seinerzeit wegen seiner politischen und literarischen Bedeutung nicht geringes Aufsehen erregt hatte, zugunsten des „Sozialdemokrat“ rechtskräftig entschieden.

Kunst und Wissen

„Sozialdemokrat“ — gestrichen. Das „Deutsche Bühnen-Jahrbuch“ (unter dem Namen Theater-Almanach bekannt, aber das mußte natürlich verdeckelt werden), erscheint seit Jahren in der Leitung des Verlags Fachschaffs Bühnen in der Reichstheaterkammer, S. 62 und enthält Daten über sämtliche Theater in Deutschland, Oesterreich, der Tschchoslowakei und der Schweiz. Die Daten, betreffend die Leistungen, das Personal, und etliche Angaben über Institutionen in den einzelnen Theaterstädten werden dem Almanach aus den Anzeigen der Theater gemeldet. Unter diesen Angaben befindet sich auch die Nennung der Tagelöhner, die in jeder Theaterstadt erscheinen. Die Anzeigen des Prager Deutschen Theaters meldet, wie und von dort berichtet wird, auch das ordentlich. Aber sowohl im Almanach für 1936 als nun auch in dem für 1937 ist in Berlin der „Sozialdemokrat“ gestrichen worden. Weil es in Deutschland keine sozialdemokratische Partei mehr geben darf, erdreistet sich die Theaterkammer dort, selbst den Namen „Sozialdemokrat“

auch für andere Länder auszulöschen! Ein Gleichschaltungsbericht, der uns zwar dumm und lächerlich vorkommt, aber der dennoch charakteristisch ist und sehr wohl Beachtung bei allen Verhandlungen verdient, die in Theaterdingen zwischen unserem Land und dem Dritten Reich geführt werden!

Tosca. Da der Opernspielplan des Prager Deutschen Theaters nicht grundsätzlich und auf längere Sicht, sondern logischerweise von heute auf morgen nach Maßgabe der vorhandenen Besetzungsmöglichkeiten aufgestellt wird, kam es gehen zu einer nach längerer Pause erfolgten Wiederaufführung der verfilmten Oper „Tosca“ von Giacomo Puccini. Denn Jinka Kuna, die zur Zeit eine Serie von Gastspielen absolviert, gab die Möglichkeit dazu. Leider hat diese „Tosca“-Aufführung nicht allzu Erfreuliches. Jinka Kuna's gefangene Leistung in der Titelfigur erreichte bei weitem nicht das künstlerische Niveau ihrer Amelia von unlängst, da sie stimmlich stellenweise mault und in der Höhe stark war. Auch darstellerisch war sie uninteressant. Stimmlich nicht in bester Verfassung war auch Herr Schwarz als Scarpia. Pregel's Cavardoff überzeuget nur der Stimmquantität nach, nicht aber hinsichtlich des Schöngesanges. Und die kleineren Partien der Oper erwiesen sich als nicht eben gut besetzt. Da schließlich auch Kapellmeister Schick nicht aufs beste disponiert schien und einem rhythmisch langweiligen ersten Akt einen dynamisch überladenen zweiten Akt folgten, war dieser Opernmensch sehr zwiespältig. E. N.

Genie, halb 3 Uhr: „Der Kuh“ als Arbeiter vorstellung. Karten an der Theaterkassa. Nächste Arbeiter vorstellung am 7. März, „Das Netz“, Komödie von E. N. Montag mit Tilla Durieux als Gast. Kartenverkauf von 9-2 und 4-1/2 Uhr bei Optiker Deutsch, Korum-Bastage.

Deutsche Musik-Akademie. Donnerstag, den 25. Februar, um 20 Uhr im Saale des Theaters öffentlicher Abend mit Werken von Haydn, Mozart und Beethoven; unter anderem das außerordentlich selten gehörte dreifachige Duo für zwei Klarinetten von Mozart.

Wochenspielplan des Neuen Deutschen Theaters. Sonntag 2 1/2 Uhr: Arbeiter vorstellung: Der Kuh, 7 1/2 Uhr: Das Netz, Gastspiel Tilla Durieux, 9 1/2 Uhr: Montag 8: Rida, Theaterkomödie der Jugend (erste Serie, rote Karten) und freier Verkauf, Abonnement aufgehoben. Dienstag 8: Der Kuh, 8 1/2 Uhr: Mittwoch 7 1/2 Uhr: Sopha, 9 1/2 Uhr: Donnerstag 8: Das Netz, Gastspiel Tilla Durieux, 9 1/2 Uhr: Freitag 7 1/2 Uhr: Die Federmaus, Abonnement aufgehoben. Samstag 7 1/2 Uhr: Nachspiel, Gastspiel Durieux, neunserieniert, 9 1/2 Uhr: Sonntag 2 1/2 Uhr: Nean, Gastspiel Leopold Kramer und Pepi Kramer-Glädner, 8 Uhr: Relap der Himmler, Abonnement aufgehoben.

Wochenspielplan der Kleinen Bühne. Sonntag 8: Der Illusionist, 8: Wie es euch gefällt. Montag 8: Das Netz, Gastspiel Durieux, Bankbeamte 1 und freier Verkauf. Dienstag 8: Wie es euch gefällt. Mittwoch 8: Nean, Gastspiel Leopold Kramer und Kramer-Glädner. Donnerstag 8: Wie es euch gefällt. Freitag 8: Matura. Samstag 8: Photographieren verboten. Neuaufführung. Sonntag 8: Matura, 7 1/2 Uhr: Photographieren verboten.

Der Film

Filmbilder vom spanischen Kriegsschauplatz

Kameraleute der russischen Wochenschau „Unsere Zeit“ haben Aufnahmen in Spanien gemacht, die gestern im Kino „Kérix“ in einer Sondervorstellung gezeigt wurden. Es sind die unmittelbarsten, edelsten und grandiossten Film-Aufnahmen der spanischen Kämpfe, die man bisher gesehen hat. Nicht die Bilder von der Front sind das Erregendste, sondern die Aufnahmen von den Straßen Madrids, den verödeten, zerstörten Vorstädten, deren Bewohner sich ins Stadtimmer geflüchtet haben, wo man vor Hunger und Kälte in den Katakomben der Untergrundbahn Dedung sucht, wo Leichen auf den Gassen liegen, gräßlich verstümmelte Frauen und Kinder, — während die Ueberlebenden in den letzten zusammengekauerten Hühnerhöfen in den letzten zusammengekauerten Gassen verbleiben. Schreckensszenen, die man nur aus Berichten kennt, erscheinen vor unseren Augen, Namen, die in den Kriegsmeldungen immer wiederkehren, werden hier zu anschaulichen Vorstellungen: die Casa del Campo, hinter deren Wänden die Verteidiger Madrids schußbereit stehen, oder der General Maja, der die Verteidigung leitet. Man sieht Schützenrampen und Steinbarricaden, ansehnende Agitatoren und weinende Frauen, man sieht Mütter und Kinder, die bei den Verteidigungsarbeiten helfen. — jenes Madrid also, wie vor der Evakuierung der Zivilbevölkerung ausgesehen hat. Und jedes Bild dieses dokumentarischen Films wirkt als Anlage gegen die Urheber des furchtbaren Mordens.

Der letzte Held

Da es — wie man in jedem besseren Konversationslexikon nachlesen kann — noch immer eine erhebliche Anzahl von „Helden“ auf der Erde gibt und da sich zu ihnen inzwischen auch die „Neuhelden“ gesellt haben, ist der Titel dieses amerikanischen Films erweisenemärklich. Und da der „Held“, den wir hier auf einer Südsee-Insel eine „Heldin“ rauben sehen (die er nachher beim nahe an den Südpol verliert, ganz am Ende aber wieder in Paris und Arme fällt), — da dieser Südfsee-Anwiler von dem Filmchauspieler Wala dargestellt wird, den wir

vor einiger Zeit als Eskimo bewundern konnten, darf man vermuten, daß auch sonst in diesem Film nicht alles stimmt. Die Südfsee-Aufnahmen, die angeblich aus Französisch-Polynesien stammen, könnten ebenso gut von dem (näher bei Hollywood gelegenen) Hawaii sein, und die „edigen“ Inselanwohner mögen wohl teilweise schon zur alten Garbe des exotischen Hollywood-Films. Aber man sieht sie gern wieder: Ihre natürliche Schönheit, die Anmut ihrer Bewegungen und die Einfachheit ihres Spiels halten allen Reize-Anweisungen stand, das kindliche ihres Wesens mildert den Riß der Liebesfügen wie die Geschmeidigkeit ihrer Bewegungen die Stumpheit der Kampfszenen, — und wer sich entschließen kann, von der Handlung des Films weitgehend abgesehen, wird als Zuschauer manchen Genuß haben.

Die Handlung ist eine doppelte Imitation: streckenweise werden die wichtigsten anliegenden Eingeborenen-Filme (wie „Meine Schatten“ und „Eskimos“) nachgeahmt, und wir sehen die Hinterlist und Grausamkeit der Kolonial-Europäer, die mit Alkohol, billigen Geschenken und Gewalt die abhängigen Eingeborenen in die Sklaverei locken, in diesem Film in ein fürchterliches Schwefel-Verderb, — und streckenweise werden wieder die gewöhnlichen „romantischen“ Südfsee-Filme nachgeahmt, in denen Frauenraub, Liebeslust und -leid, Hochzeitsbräuche, Säuglingsmord und unbefriedigte Triebe zu theatralischen Konstellationen führen. Der Meister Robert Thorpe war bemüht, mit Massenszenen, Schwefeldämpfen, Meerestürmen und anderen aufreißenden Bildern die Sache effektiv zu machen.

Frauenbezirkskomitee

Montag, den 22. Februar, im Parteihaus, Smetřka Nr. 22, 3. Stock: Halb 7 Uhr Sitzung der neugewählten Mitglieder, 8 Uhr:

Frauenabend

Zweiter Vortrag über das neue Ehe- und Familienrecht in Rußland. Vortragende: Genossin Abg. M. Jurnečková.

Sport-Spiel-Körperpflege

Aktus, 5. Kreis. (Fuhball.) Den Bezirks- und Vereinsspielern diene nochmals zur Kenntnis, daß Sonntag, den 28. Februar l. J., in Kuffig, Volkshaus, der Kreisfußballeritag stattfindet. Beginn: Halb 9 Uhr vormittags. Die Tagesordnung wurde bereits am 7. Februar 1937 in der gesamten Presse bekanntgegeben. Die Bezirke haben wie folgt zu delegieren: 1. Bezirk sieben Genossen, 2. Bezirk drei, 3. Bezirk drei, 6. Bezirk vier, 7. Bezirk drei, 10. Bezirk drei. Außerdem haben von allen Bezirken der Bezirksamte sowie der Schiedsrichterobmann anwesend zu sein. Das Delegierungsrecht wird der Bezirke zur Pflicht gemacht. — Die Kreisleitung.

Mitteilungen der „Urania“

Ludwig Hardts einzigartiger lustiger Theaterabend Montag, 8 Uhr. Karten Urania, Weßler, Andrej. Unvergessliche Filme: „Grub und Kuh Veronika“, Fr. Gaal, F. Döberner. Montag 8 1/2, 1/2 Uhr. Univ.-Prof. Dr. Foltin: „Arbeitsproben der Geschworenen“, Dienstag, 8 Uhr. Karten Urania, Weßler, Andrej. Dr. F. Weissig: „Der Einzelne und die Gemeinschaft“, Donnerstag, 8 Uhr. Karten Urania, Weßler, Andrej. Dos. Dr. Vumba: „Schwerhörigkeit und Behandlung“, Freitag, 8 Uhr. Karten Urania, Weßler, Andrej.

Urania-Rino

Karin Berg, der klassische Meister des Wiener Humors, mit ganz neuem unermesslichen Programm. Heute, 4. 6. 1/2 Uhr. „Die tanzende Venus“, deutsche Premiere der grandiosen amerikanischen Revue-Operette mit Crawford und Gable. Heute, 11. 2. 4. 6. 1/2 Uhr. Dienstag bis Donnerstag 1/2, 1/2 Uhr.

Sozialistischer Jugendverband, Kreis Prag

Wir berufen für Samstag, den 27. Februar, und Sonntag, den 28. Februar 1937, unsere 6. ordentliche Kreiskonferenz ein. Tagesordnung: Berichte der Funktionäre, Referat, Neuwahlen der Kreisfunktionäre, die weitere Arbeit, freie Anträge. Genauer Ort und Zeit wird noch bekanntgegeben. Die Kreisleitung.

Sozialversicherungs-Briefkasten

In dieser regelmäßig am Sonntag erscheinenden Rubrik werden Anfragen unserer Leser über Sozialversicherungs-, Kranken-, Alters-, Invaliditäts-, Unfall- und Pensionsversicherungsangelegenheiten beantwortet.

Provisionsvertreter: Für die Provisionspflicht Ihres Schwiegersvaters wird maßgebend sein, ob er für seine Firma auf Grund eines Dienstvertrages arbeitete oder ob er seine Tätigkeit als selbständiger Unternehmer in einem sogenannten Selbstvertragsverhältnis ausübte. Ein Dienstvertrag ist nach der Jurisprudenz des Obersten Verwaltungsgerichtes gegeben, wenn Unterordnung und Gebundenheit des Arbeitnehmers an die Befehle des Arbeitgebers vorliegen. Nach Durchsicht des Vertrages Ihres Schwiegersvaters glauben wir als gewiß annehmen zu können, daß in einem allfälligen Streit dieser Vertrag nicht als Dienstvertrag anerkannt werden würde. Ihr Schwiegersvater war zwar verpflichtet, Wähler zu führen, er hatte bestimmte Anweisungen seiner Firma eingehalten, hatte eine Kündigungsfrist und außer der Provision noch ein jährliches Kantaleipaudial, also eine Art festen Besoldung; alle diese Merkmale aber genügen nach der Jurisprudenz des Obersten Verwaltungsgerichtes nicht, um das Vorhandensein eines Dienstvertrages als erwiesen anzusehen. Auch die Versorgungsansprüche, die Ihrem Schwiegersvater im letzten Teile des Vertrages vorbehalten werden, würden unserem Erachtens kaum als Beweis für die Unterordnung und Gebundenheit Ihres Schwiegersvaters an die Dispositionen des Arbeitgebers herangezogen werden können. Sollten Sie aber trotzdem anderer Meinung sein, so kann sich Ihr Schwiegersvater selbst bei der Allgemeinen Pensionsanstalt, bzw. der zuständigen Krankenversicherungsanstalt zur Versicherung anmelden. Falls die Anmeldung, wie zu erwarten ist, zurückgewiesen wird, steht im ersten Falle die Beschwerde an die Landesbehörde, im letzteren Falle an die Bezirksbehörde offen. Das Vertragsexemplar senden wir gleichzeitig an die Adresse Ihres Schwiegersvaters.

Frauenbezirkskomitee

Montag, den 22. Februar, im Parteihaus, Smetřka Nr. 22, 3. Stock: Halb 7 Uhr Sitzung der neugewählten Mitglieder, 8 Uhr:

Frauenabend

Zweiter Vortrag über das neue Ehe- und Familienrecht in Rußland. Vortragende: Genossin Abg. M. Jurnečková.

Sport-Spiel-Körperpflege

Aktus, 5. Kreis. (Fuhball.) Den Bezirks- und Vereinsspielern diene nochmals zur Kenntnis, daß Sonntag, den 28. Februar l. J., in Kuffig, Volkshaus, der Kreisfußballeritag stattfindet. Beginn: Halb 9 Uhr vormittags. Die Tagesordnung wurde bereits am 7. Februar 1937 in der gesamten Presse bekanntgegeben. Die Bezirke haben wie folgt zu delegieren: 1. Bezirk sieben Genossen, 2. Bezirk drei, 3. Bezirk drei, 6. Bezirk vier, 7. Bezirk drei, 10. Bezirk drei. Außerdem haben von allen Bezirken der Bezirksamte sowie der Schiedsrichterobmann anwesend zu sein. Das Delegierungsrecht wird der Bezirke zur Pflicht gemacht. — Die Kreisleitung.

Mitteilungen der „Urania“

Ludwig Hardts einzigartiger lustiger Theaterabend Montag, 8 Uhr. Karten Urania, Weßler, Andrej. Unvergessliche Filme: „Grub und Kuh Veronika“, Fr. Gaal, F. Döberner. Montag 8 1/2, 1/2 Uhr. Univ.-Prof. Dr. Foltin: „Arbeitsproben der Geschworenen“, Dienstag, 8 Uhr. Karten Urania, Weßler, Andrej. Dr. F. Weissig: „Der Einzelne und die Gemeinschaft“, Donnerstag, 8 Uhr. Karten Urania, Weßler, Andrej. Dos. Dr. Vumba: „Schwerhörigkeit und Behandlung“, Freitag, 8 Uhr. Karten Urania, Weßler, Andrej.

Urania-Rino

Karin Berg, der klassische Meister des Wiener Humors, mit ganz neuem unermesslichen Programm. Heute, 4. 6. 1/2 Uhr. „Die tanzende Venus“, deutsche Premiere der grandiosen amerikanischen Revue-Operette mit Crawford und Gable. Heute, 11. 2. 4. 6. 1/2 Uhr. Dienstag bis Donnerstag 1/2, 1/2 Uhr.

Sozialistischer Jugendverband, Kreis Prag

Wir berufen für Samstag, den 27. Februar, und Sonntag, den 28. Februar 1937, unsere 6. ordentliche Kreiskonferenz ein. Tagesordnung: Berichte der Funktionäre, Referat, Neuwahlen der Kreisfunktionäre, die weitere Arbeit, freie Anträge. Genauer Ort und Zeit wird noch bekanntgegeben. Die Kreisleitung.



Hochleistungs-Drehbänke, Fräsmaschinen, Radialbohrmaschinen, Bohrwerke, Shaping- u. Hobelmaschinen Spannfutter in modernster Ausführung erzeugt: Werkzeugmaschinenfabrik Arno Plauert Warsdorf, CSR.

Bezugsbedingungen: Bei Anstellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich Kč 16.—, vierteljährlich Kč 48.—, halbjährig Kč 96.—, ganzzährig Kč 192.—. — Inserate werden laut Tarif billigt berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß. — Mitgliedern von Manuskripten erfolgt nur bei Einbringung der Retourmarken. — Die Zeitungstransporte werden von der Post- und Tele-Druckerei: „Orbis“, Druck-, Verlags- und Zeitungs-A.G. Prag.